

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganzjährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Schlechte Bilanz.

Das Abgeordnetenhaus hat mit seiner gestern abends beendeten Sitzung seine Nachfrühjahrsitzung geschlossen. Es hat während der drei Septembertage des letzten Abschnittes dieser Session eine ganze Reihe von Gesetzen beschlossen, aber niemand wird darüber im Unklaren sein, daß die Geschäftigkeit des Parlaments und der Koalition eine vorgetäuschte war und ihnen der zerfressende Wurm im Herzen sitzt. Nicht was außenhin sichtbar war, ist für die Beurteilung des Gesundheitszustandes der Volksvertretung und der heutigen Regierungsmehrheit maßgebend, denn im Hause bei den Abstimmungen tritt die Koalition natürlich geschlossen auf und der Mechanismus der Parlamentismaschine funktioniert noch immer mit der gewünschten Präzision. Aber in den diversen Vorkas und Koalitionsauschüssen gab es Störungen und heftige Kämpfe, sonders Zahl, schwerer und gefährlicher als früher und mehr als einmal hat der Brüderbund der Koalition das Bild einer regelrechten Wirtshausrauferei. Die Alliierten verbindet heute weniger den je eine große politische Idee, außer man wollte die Besorgnis vor Neuwahlen und die Notlosigkeit, was dann werden soll, als solche gelten lassen. Obwohl sie nun alle mit größerer oder geringerer Liebe die gegenwärtige Konstellation und damit die heutigen Machtverhältnisse erhalten möchten, denken sie doch alle schon an den Herrn Wähler, vor den sie, auch wenn es ihnen gelingt, ihre Galgenfrist zu verlängern, in absehbarer Zeit doch werden treten müssen. An die Wähler sich zu erinnern aber heißt, die vergrabenen Parteigründungs hervorholen und der schönen Versprechungen zu gedenken, die einst alle machten, ehe sie in der Koalition Stück um Stück dieser Versprechungen im Aushandel verschachtelten. Der Partei egoismus wächst im selben Verhältnis, als sich die Frist zu den Neuwahlen verringert und darum wird die Lage der Koalition immer kritischer. Die wachsende Krise hat der abgelaufenen Session stärker als den früheren das Gepräge gegeben.

Bei der sachlichen Wertung der mit Ach und Krach geleisteten Arbeit ergibt sich ein wenig erfreuliches Resultat. Regierung und Parlament sind vor allem den arbeitenden Klassen eines schuldig geblieben, das ist Hilfe in der Not, welche die gesteigerte Teuerung hervorgerufen hat. Auf den Massen der arbeitenden Bevölkerung lastet schwere Sorge, denn in jüngster Zeit tritt zur Lebensmittelteuerung noch das Gespenst einer neuen Arbeitslosigkeit hinzu. Insbesondere der Kohlenbergbau und die Eisenindustrie sind von einer Krise bedroht, im August schon haben im nordwestböhmischem Braunkohlenrevier mehr als die Hälfte, im Falkenauer Revier zwei Drittel der Schächte mit Feuerlöschern gearbeitet und auch in den Kreisen der Textilarbeiter werden Besürchtigungen wegen der Beschäftigung im kommenden Winter laut. Und nun halte man diesen schweren Sorgen der Bevölkerung gegenüber, was das Parlament getan hat, um der Teuerung Einhalt zu gebieten und das Schreckgespenst der Krise zu verscheuchen! Wohl wurde eine Debatte über die Teuerung im Parlament abgeführt, auch die Koalitionsparteien sahen sich bemüht, die Regierung diesbezüglich zu interpellieren, der Minister hat in der Debatte gesprochen doch — geschah ist nichts. Die Regierung hat durch den Mund des Ernährungsministers den Kampf gegen die Teuerung und den Wucher als eine ihrer wichtigsten Aufgaben bezeichnen lassen, aber außen diesen Nebenarten hat sie als einzig greifbaren Vorschlag nur das Gesetz über die achtzigprozentige Ausmahlung von Weizen und Korn hervorgerufen, das die lächerliche und böshafte Zumutung beinhaltete, die Bevölkerung solle schwarzes Kleiemehl essen, um dadurch zur Verbilligung des Brotes beizutragen, ohne daß die Agrarier auf ihre erhöhten Profite aus den

gesteigerten Getreidepreisen verzichten. Die Folge der Vorlegung dieses Gesetzentwurfes waren Angstkäufe von Mehl, die wieder erhöhte Preise bewirkten. So sieht es nun die Bemühungen und den Erfolg des Kampfes der Regierung gegen die Teuerung aus! Auf diesem Gebiete ergibt die Bilanz der Regierungstätigkeit noch weniger als Null.

Die Zustände in der Koalition haben auch das Verjagen des Parlaments in der Frage der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit bedingt. Drohende Anzeichen deuten darauf hin, daß in manchen Industriezweigen der seit einiger Zeit eingetretenen besseren Konjunktur wieder eine Stagnation folgen werde. Schon haben auch die Vertreter der Industrie die Regierung gemahnt, der Gefahr eingedenk zu sein, doch sie hat bisher büchsenmäßig noch keinen Finger gerührt. Es konnte unter der Leitung des agrarischen Ministerpräsidenten vielmehr geschehen, daß dessen eigene Partei monatelang die Inkraftsetzung des Handelsvertrages mit Italien verhinderte und daher mit dazu beitrug, die wirtschaftlichen Verhältnisse im Staate zu erschweren. Führer, Staatsräten und Patrioten, die sich sehen lassen können! Zu all dem schwebt über der Bevölkerung noch immer das Damoklesschwert der Getreidezölle, deren Einführung die Steigerung der Preise noch beschleunigen, die Produktionskosten der Industrie erhöhen und damit die wirtschaftlichen Aussichten für die nächste Zukunft noch trostloser gestalten würde. Auch hier ist es wieder eine Regierungspartei, die in der Rücksichtnahme auf die Profitgier der von ihr vertretenen Wählerschichten das gesamtwirtschaftliche Leben zu schädigen sucht.

Ein trauriges Kapitel bildet auch das Kleinpächtergesetz, dessen Gültigkeit in wenigen Tagen abläuft und von dessen entsprechender Erneuerung die Existenz zahlreicher kleiner Pächter abhängt. Die Verhandlungen über diese Erneuerung schleppen sich schon seit dem Mai hin, ohne daß es wegen der Gegenläge in der Koalition möglich war, im Abgeordnetenhaus das Gesetz im ersten Teil seiner Frühjahrsession durchzubringen. So gelangte das Gesetz vorerst in den Senat, der es mit einigen Veränderungen zuungunsten der Kleinpächter annahm. An das Abgeordnetenhaus gelangt, wurde das Gesetz von den Nationaldemokraten und besonders von den Merikalen heftig bekämpft. Die Folge war, daß aus den Beratungen und Streitigkeiten der Koalitionsparteien ein Gesetz hervorging, das eine schwere Schädigung für viele Kleinpächter ist. Es wurde das Gesetz gegenüber der Fassung, die es im Senat empfangen hat, noch mehr verschlechtert. Während bisher das höchste Maß des Verpachtgrundes, dessen Pächter die Wohlthat des Gesetzes genoss, acht Hektar betragen hat, wird dies nunmehr auf sechs Hektar herabgesetzt. Andererseits wird das Höchstmaß des Bodens jener Verpächter, die trotz des Bestandes des Gesetzes die Pacht kündigen können, von 15 Hektar auf 25 Hektar hinaufgesetzt. Diejenigen Pächter also, welche in die zwei oben bezeichneten Kategorien fallen, geraten in die schwersten Existenzsorgen. Auch sonst wird der Wert des neuen Gesetzes, das noch an anderer Stelle besprochen wird, durch die vielen Ausnahmen, die es schafft, sehr herabgemindert.

Bleibt also als das einzig positive Ergebnis dieser Parlamentsitzung das Gesetz über die Sozialversicherung. Was davon zu halten ist, haben wir in den letzten Tagen eingehend dargelegt. Die Feinde der Sozialversicherung der Arbeiterschaft haben das Insultentreiben der neuen Einrichtung an das Zentrum der Versicherung der Selbständigen geknüpft. Ob sie die Selbständigenversicherung ernstlich wollen, wird sich zeigen. Die sozialistischen Parteien des Abgeordnetenhauses haben nun die Pflicht, die Vorlage und Durchberatung der Selbständigenversicherung zu verlangen und zu beschleunigen, damit das Hindernis für das Inkrafttreten der Sozialversicherung der Ar-

beiter beseitigt und so der einzige Erfolg der Septembertagung des Abgeordnetenhauses auch wirklich für die Arbeiterschaft sichergestellt wird.

Für die breiten Schichten des arbeitenden Volkes ist das Gesamtergebnis der abgeischlossenen Tagung ein dürftiges. Vor Beginn dieser Tagung kündigten die besessenen Regierungsschmöder an, das Parlament werde sich als „Arzt für die Schmerzen der Nachkriegszeit“ betätigen. Es hat den Kapitalisten allerlei Geschenke gebracht, der Arbeiterschaft nur einen

Wechsel auf eine noch unbestimmte Zukunft. Bald werden auch die letzten Hoffnungen auch der tschechischen Arbeiter auf die Erfolgsliebe der Koalition schwinden. Die Schwierigkeiten häufen sich, der Mechanismus nutzt sich zusehends ab, der Geist, der die Regierungsmehrheit lenkt, wird immer reaktionärer, arbeitserfeindlicher und die Hemmungen stets größer. Die Arbeiterschaft muß die Entwicklung der Verhältnisse mit geschärfter Aufmerksamkeit verfolgen!

Sessions-Schluß.

Handelsvertrag mit Italien. — Kleinpächter.

Prag, 25. September.

Der Tage nach dem kalendrischen Eintritt des Herbstes, wurde die Frühjahrsession des Abgeordnetenhauses geschlossen. Auch der letzte Tag der freizeitrreichen Session brachte Meinungsverschiedenheiten in der Koalition und wäre nicht in letzter Stunde ein Kompromiß über den Schluß der Kleinpächter, das wir an anderer Stelle besprechen, zustande gekommen, so hätte das Kleinpächtergesetz überhaupt nicht verhandelt werden können.

Das hervorsteckendste Moment der Sitzung war die Annahme des Handelsvertrages mit Italien. Es sind nicht die Oppositionsparteien, welche die Grundgedanken dieses Staates erschüttern, sondern die Koalitionsparteien, welche die Art an ihn legen und in einer für Kulturländer beispiellosen Weise die Partei-Interessen über die Bedürfnisse der Allgemeinheit und der Volkswirtschaft stellen. So rief Genosse D. Soltscher anlässlich seiner Ausführungen bei der Debatte über die Finanzpolitik vor wenigen Tagen im Abgeordnetenhaus aus: „Zwei Tage später wurde der Handelsvertrag mit Italien auf die Tagesordnung des Hauses gesetzt. Die feiner Verhandlung im Plenum des Hauses voranzugangenen Ereignisse geben ein Schulbeispiel dafür, was alles in dem Parlamente möglich ist und mit welcher Strupplosigkeit Interessen der Koalitionsparteien über die Interessen des Staates und der Bevölkerung gehetzt werden. Bei dem wirklichen „Do, ut des“ Spiel, das die Mehrheitsparteien, besonders die Agrarier, treiben und das zeitweise die Maschinerie des Parlaments ins Stocken bringt, vergessen die Pölla und Desillolante, sogar jene Rückfahler, die ihnen sonst das Heiligste waren, nämlich die auf das Ausland. Sie sind der Regierung, deren Vertreter die Vertragsratifizierung in ehester Zeit dem Vertragspartner versprochen hatten, in den Arm gefallen und haben es ihr unmöglich gemacht, rechtzeitig ihr Wort einzulösen. Welcher Schaden der Industrie — neben dem moralischen Schaden des Staates — dadurch erwachsen ist, ist allgemein bekannt.“

Die nächste Sitzung der neuen Session dürfte um den 20. Oktober stattfinden. Als vornehmliche Aufgabe der kommenden Session wurde uns die Erledigung des Budgets, die Neuordnung der Staatsangehörigen-Verhältnisse und die Steuerreform bezeichnet.

Das Haus setzt zunächst die Debatte über die slowakische Gewerbeordnung

und über das Gesetz betreffend die Regelung des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der Slowakei fort.

Es sprechen Krejci (Komm.), Micoch (isd. Gewerbepartei), Korlath (mag. Autoh-tone), Benda (isd. Nat. Soz.) und sodann Genosse Palme. Dieser erklärt, die Vorlage enthalte neben einer Anzahl von Verbesserungen eine Anzahl Beschränkungen, die mit der Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Slowakei nicht begründet werden können. Unsere alte Gewerbeordnung ist seit Jahrzehnten reformbedürftig, insbesondere das sechste und siebente Hauptstück. Erst nach Schaffung einer Gewerbeordnung im eigenen Lande hätte die Regierung daran denken können, auch in dem andern Teil des Reiches diese zur Anwendung zu bringen. Die Regelung der gewerblichen Arbeitsverhältnisse erfordert, daß auch die Frage der Arbeitsvermittlung im gesetzlichen Weg durchgeführt wird, daß Gewerbegerichte auch dort errichtet werden, wo sie noch nicht bestehen. Wir hören auch nichts mehr über die Frage der Regelung

der Arbeiterurlaubes. Gegen die Erweiterung der Rechte und Autonomie der Genossenschaften hätten wir keine Einwendung, wenn man dabei auch die Rechte und Autonomie der Lehrlinge und Gesellen im Auge hätte. Wir verlangen, daß bei allen Maßnahmen sozialer und wirtschaftlicher Natur nicht nur die Handelskammern und Genossenschaften, sondern vor allem die zentralgewerkschaftlichen Organisationen anzuhören sind. Die Regierung hat aber auch dafür zu sorgen, daß die Arbeiterschutzgesetze streng eingehalten werden. Wir stehen auf dem Boden der vollständigen Gewerbefreiheit, weil die Produktion sich nur auf diese Weise frei entfalten kann. Es ist nicht einzusehen, warum die land- und forstwirtschaftliche Produktion nicht in die Gewerbeordnung einbezogen werden kann, dagegen gehörte das Buchdruckergerwerbe längst heraus. Die Wiedereinführung der Arbeitbücher müssen wir grundsätzlich ablehnen. Die Gesetzgebung muß Vorkehrungen treffen, damit der schrankenlosen Ausbeutung der Lehrlinge Einhalt getan und daß ihnen neben dem sozialen Schutz auch ein bestimmter materieller Schutz gewährt werde. Wir werden für die Vorlage stimmen, weil sie einen kleinen Fortschritt für die Slowakei und Korporationsland bedeutet, den zu hindern wir absolut keinen Anlaß haben. (Beifall.)

Die Gesetze über die Gewerbeordnung in der Slowakei und über die Regelung des Rechtsverhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Slowakei werden nach den Schlussworten der Berichterstatter angenommen.

Weiter wird das Gesetz verhandelt, durch welches die Regierung ermächtigt wird, die staatliche Garantie für den der tschechoslowakischen Elbschiffahrtsgesellschaft gewährten Kredit zu übernehmen, die sogenannten

Elbschiffahrtsgesellschaft.

Siezu spricht Genosse Schwelichart. Er erklärt, daß unsere Partei aus rein sachlichen Gründen gegen die Vorlage stimmen wird. Sie hat unter den heutigen Verhältnissen absolut kein Vertrauen und keine Hoffnung, daß trotz der großen Opfer, die für die Elbschiffahrtsgesellschaft gebracht werden, letztere saniert werden könnte. Wie die Dinge liegen, wird die staatliche Garantie bestimmt in Anspruch genommen werden müssen und es ist eigenartig, wenn im Bericht des Budgetausschusses der Betrag von 30 Millionen Kronen als eine Kleinigkeit dahingestellt wird. Die Verschuldung von 22 Millionen Kronen bei einem Aktienkapital von 70 Millionen ist so schwer, daß selbst bei normalem Geschäftsgang nicht damit gerechnet werden kann, daß das Defizit aus der Welt geschafft werden wird. Die Verluste der Elbschiffahrtsgesellschaft mögen dem tschechischen Kapital zur Warnung dienen, dafür, daß es nach dem Umsturz rasch verdienen sollte. Die Schiffahrt leidet unter der einseitigen Regierungspolitik. Hierzu kommen die großen Mängel der ungenügenden Lagerhäuser. Unter diesen Umständen haben wir keine Garantien dafür, daß die Anleihe zweckmäßig ist und werden gegen die Vorlage stimmen. (Beifall.)

Die Abstimmung über diese Vorlage wird verlegt.

Das Haus schreitet zur Verhandlung des Handelsvertrages mit Italien.

Nach den Berichterstattern spricht Kofka (Deutsch. Dem.), der erklärt, das Parlament habe in der Frage des Handelsvertrages mit Italien vollkommen versagt, es hat sich auch

durch die Vorgänge der letzten Zeit vor der Öffentlichkeit eine schwer gutzumachende Bilanz zugezogen. Eine ganze Reihe von Industriegruppen hat durch die Nicht-Ratifizierung des Vertrages Millionenverluste erlitten.

Gen. Dr. Holtzner führte unter anderem aus: Am 1. März wurde im Rom der Zusatzvertrag zu dem am 31. März 1921 abgeschlossenen Handels- und Schiffsverkehrsvertrag zwischen Italien und der Tschechoslowakischen Republik unterschrieben. Dieser Zusatzvertrag bedeutet einen

erwünschten und erfreulichen Fortschritt in unserer Handelspolitik.

dem er sich auf einer Reihe von wichtigen Erzeugnissen unserer Industrie eine wesentliche Verbesserung bei der Ausfuhr nach Italien gegenüber anderen mit der Tschechoslowakischen Republik konkurrierenden Staaten, der den Export in bedeutendem Maße zu steigern und zu beleben in der Lage ist. Welche Bedeutung das für unseren Außenhandel hat, geht daraus hervor, daß Italien bezüglich der Einfuhr in die Tschechoslowakische Republik unter allen Ländern im ersten Halbjahr 1924 mit 591 Millionen an zweiter Stelle steht. Nur Deutschland mit 2,5 Milliarden geht voran, Österreich folgt mit 559 Millionen unmittelbar nach. Bezüglich der Ausfuhr figuriert die Tschechoslowakei mit 347 Millionen allerdings erst an achter Stelle, aber immerhin spielt das auch eine wesentliche Rolle in unserer Ausfuhr. Unsere Handelsbeziehungen mit Italien nehmen auch deshalb eine Art Sonderstellung ein, weil gerade die Waren, die von dort bezogen werden, zum überwiegenden Teil solche sind, daß sie bei uns weder vorkommen, noch erzeugt werden, da die Versorgung durch niedere Zölle weder der Landwirtschaft, noch der Industrie wehe tut. Zitronen, Orangen, Weinbeeren, Mandeln, Zwiebeln, Frühgemüse, Frühkartoffeln, Kaffee, Seide, Phosphate, Schwefel etc. brauchen wir, sie kommen im Lande gar nicht oder beinahe gar nicht vor. Ferner werden Rindschäure, Hanf, Schweinefett eingeführt, die es bei uns wohl gibt, aber nicht in solchen Mengen, daß sie unseren Bedarf decken können. Sie müssen also auch von auswärts ergänzt werden, und das sind die Waren, die den Hauptanteil unserer Einfuhr aus Italien darstellen. Es herrschte darum große Befriedigung bei den beteiligten Industrien, als der Vertrag abgeschlossen wurde und seine Bestimmungen bekannt geworden sind. Sofort entwickelten sich die Beziehungen. Reisende wurden nach Italien geschickt und es kam in der Tat zu ganz bedeutenden Abschlüssen. Gestatten Sie mir, daß ich dies an einer der wichtigsten dabei in Betracht kommenden Industrien, der

Porzellanfabrikation,

exemplifiziere. Ich lebe ja in Karlsbad, dem Zentrum unserer Porzellanfabrikation. Im Jänner wurde ein Vertreter einer der größten Porzellanfabriken von der Tschechoslowakischen Gesandtschaft in Rom ersucht, hinzukommen und bei der abschließenden Verhandlung der Zölle auf Porzellan sachmännischen Rat zu erteilen. Er kam der Einladung nach, konnte mit Genugtuung feststellen, daß die Beamten bei der Gesandtschaft und beim Konsulat reges Interesse für eine günstige Erledigung der Verhandlungen hatten. Es kam ein konkreter Vorschlag für die Zollermäßigungen zustande und er reiste mit der Versicherung heim, daß längstens Anfangs Mai mit der Inkraftsetzung des Vertrages zu rechnen sei. Natürlich setzte sofort eine rege Verkaufstätigkeit ein. Es kamen große Bestellungen, besonders, als auf leichten Seiten bekannt wurde, daß der Koeffizient für Porzellan von 1,5 auf 0,7 herabgesetzt wurde, also daß er um mehr als die Hälfte erniedrigt werden soll. Das

bedeutete eine Überlegenheit über unseren wichtigsten Konkurrenten Deutschland, das noch keinen Vertrag mit Italien hat. Diese Konjunktur mußte rasch ausgenutzt werden, denn wie stehen vor der Durchführung des Landesplanes nach dem Beschluß der Londoner Konferenz und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Konkurrenz Deutschlands dadurch wesentlich verschärft werden wird. Es hieß also rasch handeln. Aber

Minister Dvorakel denkt und Herr Dubichy lenkt.

Die Ratifizierung verzögerte sich von Monat zu Monat. Zwar hat der Senat schon am 25. April seine Zustimmung erteilt, aber erst am 28. Mai konnte die Vorlage dem Abgeordnetenhause vorgelegt werden. Die Zeit verging jedoch, die italienischen Handels- und Importhäuser wurden angehendigt. In unseren Fabriken lagerte teure Ware, die nicht abgesetzt werden kann und totes Kapital bedeutet. Andere Aufträge wagten die Unternehmen nicht in Arbeit zu nehmen, weil Unsicherheit herrschte. Neue Aufträge gingen nicht ein, die bereits erteilt waren storniert. Millionen wurden der Wirtschaft entzogen, geräubt, Arbeitslosigkeit, Daseinsmöglichkeit für viele Hunderte von Arbeitern auf Monate hinaus unmöglich zerstört.

So wie der Porzellanindustrie ergibt es aber auch anderen Industrien, besonders der Glasindustrie. Auch für unsere Heil- und Mineralwässer, deren Ausfuhr nach Italien so gut wie ganz aufgehört hat, ist die Verzögerung der Ratifizierung ein gewaltiger, nicht wieder einzubringender Verlust. Aber nicht nur die Industrie erlitt ungeheuren Schaden, auch die

Vollgesundheit leidet

darunter. In keinem Staat Europas sind die Orangen so teuer wie in der Tschechoslowakei. In Österreich, Deutschland, der Schweiz, in Dänemark und Schweden kosten sie die Hälfte, ja ein Drittel dessen, was am Prager Markte verlangt wird. Zur Zeit der Inkraftsetzung, als man die Dosis schärfen wollte, hat man leider die Südfrüchte als Luxusware bezeichnet und ihre Einfuhr gedrosselt. Und heute noch sind die Orangen mit einem Zoll von 100 Kronen belastet. Das ist vom Standpunkt der Volksgesundheit und Volksernährung ein schweres Unrecht. Obst und Früchte enthalten gewisse Stoffe, Nährsalz und Vitamine, die der Organismus ebenso notwendig braucht, wie Fett und Eiweiß. Darum können Früchte und Obst durch nichts ersetzt werden, und ihr Mangel schädigt den Körperaufbau tief. Es gibt Monate im Jahr, in denen die Orange beinahe die einzige Frucht ist, die den breiten Schichten erreichbar ist. Darum ist es falsch, sie zu verteuern. Der neue Vertrag setzt den Zoll auf 60 Kronen herab, bedeutet also eine wesentliche Verbildung der Orange, über die wir uns sehr freuen haben. Aber schon hat die diesjährige Einfuhrkampagne begonnen, schon sind größere Abschlässe gemacht worden und es ist zu befürchten, daß die Vorteile des neuen Vertrages die Preisverfallung in diesem Winter nicht mehr recht beeinflussen können.

Und warum das alles? Der Gewerkschaftsausschuß hat den Vertrag im Juni angenommen. Schon stand er auf der Tagesordnung des Ausschusses. In der ganzen Republik gibt es niemanden, der etwas Ernstes gegen ihn einzubringen hätte. Ein paar Schönheitsfehler hat er freilich, aber welcher auf Kompromissen ruhende Vertrag hätte die nicht? Plötzlich jedoch wurde er von der Tagesordnung des Ausschusses abgesetzt, der Referent weigerte sich zu berichten. Warum? Weil der Vertrag zum Tauschobjekt gemacht wurde, weil die

Agrarier die Handelsverträge nur gegen Agrarzölle freigeben

wollten. Das Hinausschieben der Ratifizierung dieses Vertrages hat unserer Industrie einen großen Schaden verursacht und wir müssen befürchten, daß die Bevölkerung sehr bald die Folgen des Parteienhabers, der die Ursache der Verschleppung ist, zu fühlen bekommt. Uns fehlen noch Verträge mit Österreich, Deutschland und Ungarn, sowie mit den Sowjetrepubliken und es wäre traurig, wenn auch alle diese Verträge wieder den Parteien abgekauft werden müßten. (Beifall.)

Das Haus genehmigt die Elbschiffahrtsakte und den Handelsvertrag mit Italien in erster Lesung. Nach Verhandlung des zehn-Millionen-Kredits für die von Elementarkatastrophen heimgeschlagenen Gegenden und nach einigen weiteren Reden wurde die Sitzung um 16 Uhr nachmittags unterbrochen.

In der Zeitunterbrechung tagte der landwirtschaftliche Ausschuss. Nach Wiederaufnahme der Sitzung spricht in der Debatte über das

Kleinpächtergesetz

auch Genosse Leibl. Er sagt: Wir haben bezüglich der Handhabung und Auslegung der Geschäftsordnung in diesem Hause schon so manches erlebt, zum Beispiel Unterschlebung von Anträgen, Einseitigkeit, Vergewaltigung und so weiter. Was man aber mit dem vorliegenden Gesetz über den Kleinpächterschutz ausgeführt hat, überschreitet alle Grenzen. Drei Wochen steht dieses Gesetz auf der Tagesordnung. Aber weil sich die agrarische Pötte nicht einig war, konnte das für die Kleinpächter so wichtige Gesetz nicht zur Verhandlung kommen. Der Vorsitzende des landwirtschaftlichen Ausschusses erklärte wörtlich, daß das vorliegende Gesetz nur deswegen im landwirtschaftlichen Ausschuss nicht zur Verhandlung kam, weil sich die agrarische Pötte der Koalition nicht geneigt hätte. Das ist etwas Unerhörtes und wird in keinem Parlamente vorkommen. Auf diese Art kann man überhaupt die ganze Ausschusstätigkeit des Parlaments ausschalten, sei es durch Scharmperie, böse Absicht oder Sabotage. Wenn Sie vielleicht glauben, daß Sie die Oppositionsparteien ausschalten können, so brauchen Sie diesen Vorgang nur einzuführen. Wir erheben gegen einen solchen Vorgang den schärfsten Protest. Durch diese Manipulationen ist erwiesen, daß man das Kleinpächtergesetz dem landwirtschaftlichen Ausschuss überhaupt nicht vorlegen wollte. Wenn ich voraussetzen könnte, daß die Mehrheit noch ein Gewissen hat, wenn auch ein böses, so würde ich sagen, das böse Gewissen hat es nicht zugelassen, daß es dem landwirtschaftlichen Ausschuss vorgelegt werde. Dieser Vorgang ist eben ein ganz gewissenloser. In der letzten Stunde kommt man mit einer neuen Vorlage, denn es ist dies nicht der Senatsbeschluß, wie er auf der Tagesordnung dieses Hauses steht, sondern ein neues Gesetz. Es ist Tatsache, daß man uns nicht Gelegenheit gegeben hat, zu diesem Gesetze Stellung zu nehmen. Der vorliegende Entwurf ist seinem ganzen Inhalte nach kein Kleinpächtergesetz. Die Rechte der Kleinpächter sind verkürzt worden, außerdem wurde den Pächtern infolge der verspäteten Vorlage des Gesetzes großer Schaden zugefügt, durch die unverantwortliche Verschleppung ist die ganze Volkswirtschaft geschädigt. Die Pächter haben die Situation nach Tunlichkeit ausgenutzt und den Pacht ungewöhnlich hinaufgeschraubt. Durch die Vorlage wird dem Kleinpächter keinesfalls der ihm gebührende Schutz gesichert und aus diesem Grunde hat unser Klub mehrere Abände-

rungsanträge eingebracht, welche auch von der Mehrheit angenommen werden sollten, wenn es sich dieser ernstlich um den Schutz der Kleinpächter handelt. (Beifall.)

Sodann wird die Vorlage angenommen und die Sitzung geschlossen.

Der Kampf um das Kleinpächtergesetz.

Dem Einspruch unserer Genossen ist es gelungen, daß die Beratungen des Abgeordnetenhauses gestern 16 Uhr unterbrochen wurden, um dem landwirtschaftlichen Ausschuss in letzter Minute die Gelegenheit zu geben, das Pächterchutzgesetz zu beraten. Die vom Senate beschlossene Form des Gesetzes, welche gegen den bisherigen Zustand eine bedeutende Verschlechterung beinhaltet, wurde durch die „Pötte“ weiter verschlechtert, ohne daß der landwirtschaftliche Ausschuss die Möglichkeit hatte, sich mit der einen oder der anderen Vorlage zu beschäftigen. Druckschrift wurde die Vorlage der Pötte dem Ausschuss unterbreitet. Genosse Hadenberg erhob sehr energisch Protest gegen den geschiederten unehörteten, noch nie dagewesenen Vorgang der Pötte und das Verhalten des Vorsitzenden des landwirtschaftlichen Ausschusses, der diesen lediglich als Exekutivorgan behandelt. Wenn die deutschen Sozialdemokraten nicht Protest erhoben hätten, hätte man im Hause erst aus dem Munde des Berichterstatters den Inhalt der Vereinbarungen der Pötte vernommen. In der ganzen parlamentarischen Welt hat sich solches noch nicht ereignet. Wenn die Mehrheit so weiter fortfahre, werde das Ansehen des Parlaments noch weiter aufs ärgste geschädigt. Die Abgeordneten Fierhut und Mikulicek schlossen sich dem Proteste an. In der Spezialdebatte erklärte Genosse Leibl, daß die nunmehrige Vorlage so schlecht sei, daß von einem Pächterschutz eigentlich nicht mehr gesprochen werden kann. Indem er einzelne Bestimmungen der Vorlage besprach, hob er hervor, daß viele, viele tausende Kleinpächter durch diese Verschlechterungen in ihrer Existenz aufs schwerste getroffen werden. Unsere Abgeordneten Leibl, Schweichart und Hadenberg brachten sieben Änderungsanträge ein, welche im wesentlichen das alte Gesetz wieder herstellen und die Pachtpreise nach der Bonität abgestuft wissen wollten. Der Kommunist Mikulicek schloß sich unseren Anträgen an. Diese wurden von der Mehrheit zur Gänze abgelehnt.

Die deutsch-englischen Handelsvertragsunterhandlungen gehen weiter.

Berlin, 25. September. (Eigenbericht.) Englische Mütter verbreiteten Mitteilungen über einen Abbruch der deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen. Diese Mitteilungen entsprechen nicht den Tatsachen, denn heute Nachmittag traten die deutschen und englischen Unterhändler in der britischen Botschaft zu einer neuen Besprechung zusammen. Es handelt sich dabei vorläufig nur um Vorbesprechungen. Sie haben zur Grundlage einen englischen Zolltariffentwurf, dessen Existenz anfänglich von deutscher Seite bestritten worden ist. Die Engländer haben die Herabsetzung einer Reihe deutscher Zollsätze gefordert; von deutscher Seite wurde auf die hohen Zollsätze Frankreichs, Polens und der Tschechoslowakei hingewiesen, die zu einer Verweigerung des Meistbegünstigungsrechtes durch England geführt hätten. Die bestehenden Meinungsverschiedenheiten sollen nicht berart sein, daß ein Scheitern der Verhandlungen befürchtet werden muß.

34 Der sibirische Expres.

Roman von Frank Heller.

Copyright by G. Müller, München.

Er dachte nach und fand bald was fehlte: eine Papierfabrik. Seine eigenen Wälder zu haben, sein eigenes Holz und Papier daraus herzustellen, Bücher auf diesem Papier zu drucken, sie in eigenen Verlage herauszugeben, sie in eigene Lederbände zu binden, die Verfasser mit einem Honorar aus der eigenen Verlagsfabrik zu stärken und ihre Erzeugnisse in eigenen Schiffen in die Welt hinauszuschicken, das erschien Siegfried Brandstedter als etwas Schönes und Abgerundetes, als ein Kosmos.

Unterdessen sank die Mark, die er verdiente, mit jedem Tag an Wert; das Land erbeute in Fieberernte, und die Zukunft war schwarz von Wolken. Aber Siegfried Brandstedter dachte nicht an die Zukunft, oder er dachte auf jeden Fall nicht mehr daran, als es notwendig war. Mit Politik beschäftigt er sich nie. Fragte man ihn nach seinem Glauben und seiner politischen Meinung, dann sagte er: „Man muß arbeiten und abwarten.“

2.

In den letzten Monaten war die Luft in Danzig schwerer geworden. Die Polen zigten immer deutlicher, daß sie die Stadt Gdansk für die Freianfänger Siegfried Brandstedter sich ein Mal um andere bei seinen Geschäften auf Widerstand, aber namentlich eine Firma war unermüdlich, ihm Steine in der Weg zu legen. Diese Firma war die Firma Wroblewski.

Diese Firma hatte viel gegen Siegfried Brandstedters Tätigkeit, aber was ihr besonders ein Dorn im Auge war, war seine geplante Schiffswerft. Sie erhob Protest dagegen, daß der

beste Strandplatz an der Weichsel an eine einzige Person verkauft wurde und unter deutsche Kontrolle kam. Sie überbot die Angebote der Firma Brandstedter und kündigte einen Prozeß an. Sie hatte französisches Kapital im Rücken; ihr Angebot war zu hoch, Siegfried Brandstedter konnte nicht darüber gehen. Sollte sein Kosmos zum Chaos zerplüßert werden?

So sah es noch vorerstern aus. Gestern kam ein einschmeichelnd lächelnder Vertreter der feindlichen Firma in sein Kontor und erklärte, daß die Firma eventuell daran denken könnte, von allen Ansprüchen auf den Strandplatz gegen eine Summe zurückzutreten; eine unbedeutende Summe, der Formalität wegen — einige hunderttausend deutsche Mark. Wenn die Firma dieses Geld sofort bekäme, würde sie ihr Angebot zurückziehen und ihm dies schwarz auf weiß geben. Aber die Betonung lag auf sofort — das Geld mußte am nächsten Tage vor zwölf Uhr in Herrn Wroblewskis Hand sein.

Diesen Vorschlag gab der lächelnde Vertreter der Firma um fünf Uhr nachmittags ab. Siegfried Brandstedter versprach die Antwort für den nächsten Tag.

Was war die Ursache des veränderten Betragens der Firma? Einige hunderttausend Mark war viel Geld für Siegfried Brandstedter, der sein Brot in Mark verdiente. Aber für eine Firma mit ausländischem Kapital war es nicht viel. Und Schiffswerft wurde mit der Zeit ein Millionengeschäft. Und warum lächelte der Vertreter so höflich? Die Sache war faul. Möchten sie tun, was sie wollten. Er hatte nicht die Mittel, eine halbe oder eine ganze Million zu riskieren. Nein, er war nicht in der Lage, so gerne er auch wollte. Andererseits handelte es sich um den Edstein, den Grundstein seines Kosmos. Die Kneberei war das A und O. Die Zukunft lag mehr denn je auf dem Wasser. Aber dieses Lächeln...

3.

Wenn Siegfried Brandstedters Vorkäsefabrik, Lederfabrik und Verlag jeder seinen Anteil der Energie abbekommen hatten, die in seinem kugelrunden Kopfe steckte, pflegte es halb zehn Uhr abends zu sein; um diese Zeit begab er sich hinaus in seine Villa, die auf dem Weg von Danzig nach Joppot lag. Und wenn er das tat, waren seine Taschen von Papieren geschwollt. Aber es waren nicht Geschäftspapiere. Es waren Manuskripte.

Bevor er einschummerte, pflegte er sie für den Verlag zu lesen; manchmal nahm er mit, was die Lektoren des Verlages empfohlen, noch öfter das wovon sie gewarnt hatten. Und obgleich er bis zu seinem dreißigsten Jahre keine anderen Bücher gelesen hatte, als Bankbücher, zeigte er eine erstaunliche Auffassung dafür, was nicht ganz leichte Bücher wert waren.

Dieser Abend war so schön, daß Siegfried Brandstedter sich mit seinem Manuskriptentwurf draußen auf der Veranda niederließ. Er hatte die Dämmerung zu Bett geschickt. Zu seiner Linken hatte er seine Lampe, die das Licht auf seinen kugelrunden Kopf und die Bogen vor ihm warf. Der Garten duftete. Alles war still. Einmal jede halbe Stunde rollte eine Straßenbahn nach Danzig oder Diba vorbei.

Als er sich zum Lesen hinsetzte, war es elf Uhr. Rechts von sich aus hatte er ein Tablett mit belegten Brötchen und eine Flasche Mosel. Seine Fabrik und sein Verlag hinderten ihn nicht, ein vortrefflicher Weinkenner und so etwas wie Epikureer in der Rockkunst zu sein. Während er las, sah er die belegten Brötchen, trank ein Glas Mosel und fühlte ein inneres Wohlbehagen, das ihn in die Abendzeit zurückversetzte, wo er in irgendeinem Schlafwinkel mit einer Schokoladentafel und einem Indiaroman auf dem Bause lag. — Weit weg hörte er die Rufe von Menschen

und das Bellen eines Hundes. Allmählich hörte dies auf. In einer Stunde war er mit dem ersten Manuskript fertig. Es war unmöglich. Als er gerade nach dem nächsten griff, fuhr er zusammen.

Haß und Wut hatte er Schritte draußen auf dem Wege zu hören geglaubt, Schritte, die vor der Villa hin und her gingen, anstatt daran vorbeizugehen, huschende Schritte. Wenn er recht gehört hatte, wenn jemand wirklich vor seinem Garten hin und her geschlichen war, so tat er es jedenfalls nicht mehr. Man hörte keine Schritte, aber dafür glaubte er einen seltsamen glucksenden Laut zu vernahmen, so, als wenn jemand es eng im Halse hätte und nach Luft ringen würde. Dann hörte auch dieses Geräusch auf. Es war wohl irgendein Frosch gewesen, der seine Zufriedenheit mit der Jahreszeit zum Ausdruck gebracht hatte. Er nahm das zweite Manuskript in Angriff. Es interessierte ihn von der ersten Zeile an. Er vergaß die Umwelt, schleichende Schritte, Froschglucksen und alles, bis er abermals zusammensank. Diesmal war kein Zweifel, daß er in der Stille der Nacht etwas hörte. Es war sogar etwas, das sich an ihn selbst zu adressieren schien. „Siegfried!“ flüsterte es. „Bist du es Siegfried?“

Er drehte sich sofort um. Aber seine Augen waren von den weißen Bogen geblendet. Er konnte nichts sehen.

„Siegfried!“ flüsterte die Stimme. „Ich sehe, daß du es bist! Höre mich an! Es handelt sich um Leben oder Tod. Lösch die Lampe aus. Siegfried, lösch sie sofort aus!“

„Wer ist da?“ rief er halblaut. „Antworten Sie, wer sind Sie?“

„Siegfried, lösch die Lampe aus! Es handelt um Leben oder Tod!“

(Fortsetzung folgt.)

eine in den deutschen Gebieten dieses Staates ein-
zigartig dastehende Erscheinung gewesen sein wird."

Als die Sozialdemokraten diese Erklärung
abgegeben hatten, verließen die Bürgerlichen den
Saal und sie werden, da sie die Angelobung ver-
weigerten, auch nicht mehr in denselben zurück-
kehren. Der Zweck des bürgerlichen Manövers ist
klar: Durch den Abzug der Mehrheit der Bezirks-
verwaltungscommission wollen sie verhindern,
dass rechtsgültige Beschlüsse gefasst werden. Das
wird eine Zeit lang auch geschehen. Ob aber die
Regierung ausgerechnet vor den Deutschnationalen
Egers kapitulieren wird — denn die Deutsch-
nationalen sind die eigentlichen Drahtzieher —
das muß abgewartet werden.

Die sozialdemokratische Partei wird vor allen
Dingen verlangen, daß den Deutschdemokraten und
den Gewerdeparteilern das Mandat abgesprochen
wird, denn diese beiden Parteien erreichen nicht
einmal die Hälfte der Wahlzahl. Der Vor-
sitzende der Verwaltungskommission
wird amtierend; bisher hat ja der
Herr Dr. Lippmann, der auf einmal demokratische
Anwandlungen hat, auch allein regiert. Warum
also soll es jetzt nicht umgekehrt geschehen. Die
Sozialdemokraten werden vor dem Ansturm der
Bürgerlichen nicht weichen, mag da kommen was
will. Unserthalben können sie draußen bleiben;
die Zukunft wird schon lehren, ob ihre Politik der
Abzug richtig war. Vor dem Gebäude der Bezir-
ksvertretung ging der „Kriegsminister“ Abge-
ordneter Maier auf und ab, um das Ende der
Komödie gleich zu erfahren. Wir glauben auch,
daß der immer ein wenig separatistisch vorgehende
Abgeordnete wieder einmal auf eigene Faust ar-
beitete, um so der Parteileitung des Bundes der
Landwirte eine peinliche Situation zu schaffen.

In den bürgerlichen Zeitungen Westböhmens
will man nun den Anschein erwecken, als ob un-
sere Wahlsieger nicht ernst genommen werden
sollten. Das „Egerländer Tagblatt“ schreibt bei-
spielsweise:

„Da die Regierung vorläufigerweise die Stati-
stik über die letzten Gemeindevahlen nicht ver-
öffentlicht, läßt sich die letzte Behauptung (über
die Parteistärke nämlich, Anmerkung des Bericht-
erstatters) ziffernmäßig schwer widerlegen. Es sei
aber darauf hingewiesen, daß bei den Gemeindev-
wahlen 1923 allein der Bund der Landwirte 203
Mandate eroberte, gegenüber 66 Sozialdemokraten.“

Unsere Antwort auf diese Überarbeiten ist
sehr einfach: Jede bürgerliche Partei
soll ihre Wahlziffern bekanntgeben und dann
werden wir uns das Ergebnis betrach-
ten. Aber da zeigt sich eben der Unterschied zwi-
schen unseren Parteiorganisationen und den Bür-
gerlichen: Wir haben aus dem letzten Rest, wenn
wir selbst auch nicht kandidierten, die Ergebnisse
der vorjährigen Gemeindevwahl zusammengetra-
gen. Die bürgerlichen Parteien aber kennen nicht
einmal ihre eigene Stärke, geschweige denn die der
anderen Parteien. In einem Rest mit 500 Ein-
wohnern werden 15 Gemeindevorteiler gewählt,
während in einer Stadt mit 50.000 Einwohnern
nur 42 Vertreter zu wählen sind. Also das mit
den Mandaten des Bundes der Landwirte beweist
noch gar nichts. Unsere Wahlsieger sind ergänzt
bis auf den heutigen Tag und wenn die Bürger-
lichen Zweifel in die Richtigkeit unserer Angaben
sehen, dann sollen sie beweisen, daß
unsere Aufstellung nicht stimmt.

Devisenkurse.

Prager Kurse am 25. September.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden . . .	1314.00 00	1320.00 00
1 Million Mark . . .	8.037 50	8.233 50
100 belg. Francs . . .	163.00 00	164.50 00
100 schwed. Franc . . .	645.00 00	648.50 00
1 Pfund Sterling . . .	151.42 50	152.32 50
100 Lire	148.87 50	150.37 50
1 Dollar	33.95 00	34.25 00
100 franz. Francs . . .	178.50 00	181.00 00
100 Dinat	47.57 50	48.07 50
1000 ungar. Kronen . .	4.18 00	4.65 00
100 poln. Zloty	651.00 00	657.00 00
10.000 österr. Kronen . .	4.71 02	4.91 02

kaufe spreche ich vom Ballen herunter, wieder
das warme Gefühl proletarischer Gemeinschaft
über die Grenzen hinweg. Nach mir spricht Ge-
nosse Fellisch, ich führe schon wieder nach
Dresden zurück. Dort warten die Genossen, tau-
schen Mitteilungen aus über den Verlauf der Ver-
sammlungen. Sie sind überall gelungen, beson-
ders beachtet wurde die starke Teilnahme der
Frauen, eine Erscheinung, die ich später besonders
in Nadeberg, Königsbrunn, Ottendorf ganz beson-
ders bestätigt fand. Mindestens ein Drittel der
Versammlungsbefucher waren Frauen — ein
nachahmenswertes Beispiel auch für uns.

Montag abends gehts nach Nadeberg, dies-
mal zur Abwechslung vierter Klasse Personenzug
— die Bahntarife sind in Deutschland geradezu
ungehörliche. Dort ist viel Glasindustrie,
Brauereien, zahlreiche Betriebe anderer Bran-
chen. Der Beschäftigungsgrad ist allgemein ein
schlechter. Im geräumigen Kaiserhofsaal drängen
sich schon die Besucher, es mögen ihrer wenig-
stens 1000 sein, die hier eingedrängt sitzen und
sitzen. Nadeberg ist ein Ort von etwa 15.000
Einwohnern, mit proletarischer Mehrheit in der
Gemeindevvertretung.

Dienstag muß ich für Genossen Hofbauer,
der nur in Görlitz sprach und verhindert war, die
Versammlungen im Dresdner Landgebiet zu
übernehmen, einspringen und wieder in zwei
Versammlungen sprechen. Dies geht wieder nur
mit Hilfe des Autos. Wir fahren zuerst nach
Ottendorf-Okrilla, wo wir den Referenten Ge-
nosse Edel zurücklassen, dann gehts weiter nach
dem 10 Kilometer entfernten Königsbrunn. Frü-
her der große Paradeplatz Deutschlands, von
Militär aller Grade bevölkert sitzen auch heute
noch die Deutschnationalen in Königsbrunn.

Der neue Präsident des internatio- nalen ständigen Schiedsgerichtshofes im Haag.



Prof. Huber, Zürich.

Der internationale ständige Schiedsgerichtshof
im Haag hat an Stelle des bisherigen Präsidenten
Lodja, eines Holländers, den Staatsrechtler Hu-
ber von der Universität Zürich für drei Jahre
zum Präsidenten gewählt. Die Wahl bedeutet eine
besondere Ehre für die Schweiz.

Ausland.

Völkische Rüstungen. Der „Vorwärts“ be-
richtet aus München: Von einer Seite, die offen-
sichtlich einen Einblick in die Akten des „Front-
ringes“ hatte, erfährt die der Regierung
nahestehende „Augsburger Postzeitung“ über die
Organisation des Frontringes: Der „Frontring“
ist eine militärische Kampforganisation nach
jeder Richtung hin. Er ist militärisch gegliedert,
hat Oberkommando, Abschnittskommandos, Trup-
pen, Bezirks- und örtliche Kommandos einge-
richtet, die streng militärisch geführt werden. Es
wurde unbedingter militärischer Gehorsam und
unbedingte Anerkennung der Führer verlangt.
Man hatte auch formell einen Fahneneid, gab
Dienst- und Befehlsvorschriften heraus, ganz
in militärischem Stile, sogar mit Tuchproben und
Anleitung zum Wahnehmen der Uniform. Unter
diesen Umständen wird der Staatsgerichtshof eine
einfache Arbeit zu leisten haben. Es fragt sich
nur, ob auch diesmal nur die kleinen Handlanger
das Bad ausbaden müssen, während die Schür-
herren Ludendorff und Rohm als immune
Reichstagsabgeordnete frei ausgehen können. —
Das „Berliner Tageblatt“ berichtet aus München
nach einem demokratischen Münchner Blatt, daß
man in den Kreisen der völkischen Bewegung
energische Maßnahmen für den Fall vorbereitet,
daß Hitler am 1. Oktober nicht aus der Haft en-
lassen oder ausgewiesen werden sollte. Die parla-
mentarische Aktion der völkischen Reichstags- und
Landtagsfraktion soll durch große öffentliche
Demonstrationen der einzelnen Verbände
unterstützt werden.

Die Kommunisten gegen den Dawesplan.
Wie die Berliner „Kölnische Volkszeitung“ meldet,
werden am 9. Oktober in Köln die Parlaments-
vertreter der deutschen, französischen, englischen,
tschechoslowakischen und noch einiger
anderer kommunistischer Parteien zu einer Aus-
sprache zusammentreten. Der Zweck der Kölner
Konferenz ist die Verbindung der Aktionen in
den einzelnen Ländern gegen den Dawesplan zu
einer internationalen Kampagne.

fest, gestützt auf die zahlreichen pensionierten
Liniere sowie die Reichwehr. Trotzdem kamen
in diesem schwarzen Winkel, in dem bis vor der
Revolution nahezu gar keine Organisation be-
stand, etwa 600 Männer und Frauen zusammen,
in dem 12 Kilometer weiter, schon an der preu-
sischen Grenze gelegenen Schwepnitz, wo Genosse
Wolff sprach, etwa 300. Nach beendeter Rede
gehts wieder zurück nach Ottendorf-Okrilla, zu-
meist von Glasarbeitern und Holzarbeitern be-
wohnt, ein Dorf mit etwa 4000 Einwohnern. Ich
bin überrascht, da ich den Saal betrete. Er ist
größer als unser Aufziger Volkshausaal, jedoch
nicht gefüllt von Besuchern. Es sind ihrer wenig-
stens 1200—1500, die in diesem kleinen Orte
zusammenkamen, für ihre Überzeugung einzu-
treten. Diese Versammlung war neben der
Striesener und der Nadeberger die beste.

Dienstag sprach ich dann noch in Könnitz,
Königsbrunn, wo der Besuch zwar schwächer,
der Empfang dafür desto begeisterter war. Auch
hier, im Dresdner Villenviertel, schlagen prole-
tarische Herzen für die gemeinsame Sache.

Hochbefriedigt verlasse ich noch am gleichen
Abend Dresden. Zweifacher Gewinn war es, den
ich davontrug: die Erkenntnis von der unver-
wundlichen Kraft des Proletariates, die trotz aller
Schwierigkeiten, denen besonders Sachsen ausge-
setzt war, sich durchsetzt und immer mehr an
Boden gewinnt, und das tiefe Bewußtsein von der
unigen Verbundenheit der Schicksale der prole-
tarischen Klasse, die zur Internationalität treibt
und treiben muß. Mühselig wäre es, die gewonnenen
Erfahrungen auch anderwärts zu verwerthen,
durch den Austausch von Rednern das gemein-
same Band fester zu knüpfen. J. B.

Tages-Neuigkeiten. Die in Gott ruhende deutsche Wissenschaft.

Es war einmal eine Zeit, da es ein liberales
Bürgertum gab. Damals hat der Führer der
bürgerlichen Demokraten im deutschen Reichstag,
der berühmte Historiker Mommsen geäußert, wenn
man zwischen den Sozialdemokraten und den
Kameraden wählen müsse, so könne man nur für
die Sozialdemokratie sein. Es gab einmal eine
Zeit, in der deutsche Gelehrte mit Eifer und
Ueberzeugungstreue den Materialismus aller
Kirchen bekämpften und für die freie Wissenschaft
eintraten. Es war einmal eine Zeit, da sich deutsche
Gelehrte mit dem Marxismus ernstlich ausein-
andersetzten und von ihm viel, oft sogar sehr viel
lernten. Damals — ist es wirklich schon so lange
her, daß man sich auf wissenschaftlichen Konferenzen
nicht mehr daran erinnert? — war Herr Werner
Sombart einer der fortschrittlichsten
bürgerlichen Volkswirtschaftler Deutschlands. Er
sah richtig und ernstzunehmende, wissenschaftliche
Werke, in denen er zwar den Marxismus be-
kämpfte, in denen aber immerhin soviel Marx-
ismus steckte, daß mehr als einer auf dem Umweg
über Sombart zu Marx kam. Das war einmal!
Mittlerweile kam der Aufstieg des Proletariats
zur politischen Macht, es kam die große rote Welle
und die schillernde Furcht des Bürgertums vor
dem Bolschewismus. Ein liberales Bürgertum gibt
es nicht mehr, bürgerlichen Freisinn gibt es nicht
mehr und die deutsche Wissenschaft? Man höre,
in welchem Zeichen sie angelangt ist:

Berlin, 25. September. Die Blätter be-
richten ausführlich über die gestern in Stuttgart
stattgefundene Jahresversammlung des Vereines
für Sozialpolitik, bei welcher der bekannte Na-
tionalökonom Professor Werner Sombart die
Verhandlungen mit einem Vortrage über den
Klassenkampf eröffnete. Er nannte die revolutionä-
re Klassenkampftheorie gemein,
weil sie alles menschliche Handeln herabwürdigte.
Der Kampf gegen diese Theorie kann kein Kampf
mit rationalen Gründen sein. Der Hauptan-
griff müsse so eingerichtet sein, daß wir dem Aberglan-
ben einen echten Glauben entgegensehen und ich
sehe keinen andern Ausweg, als den alten Gla-
uben an Gott. Von diesem Standpunkte ist eine
Ueberwindung des Klassenkampfgedankens möglich.
Dieses Bekenntnis löste in der Versammlung, der
„Völkischen Zeitung“ zufolge, tiefste Bewe-
gung aus.

Es gibt also einen Klassenkampf und man
kann ihn mit „rationalen“, mit vernünftigen
Gründen nicht einmal bekämpfen. Man laum ihn
nur noch — gemein schimpfen. Der Notausgang,
durch den die bürgerliche Wissenschaft, durch den
Herr Werner Sombart, den Boden der freien
Forschung verläßt, um sich im herrlichen Finster-
lingen gemein zu machen, ist der alte liebe Gott,
den Weltkrieg hat der „deutsche Herrgott“ im
Kampfe mit „Lord God“ zwar verloren, zum
Kampfe gegen den Sozialismus aber ist er noch
gut. Dort wo Vernunftgründe versagen, bekennt
man sich darauf, den lieben Gott walten zu lassen.
Daß alle Reigen leicht Beischießern werden,
wusste man, daß alte Regei auch in diesen Hefen
laufen, ist einigermaßen neu. Mit „rationalen“
Gründen läßt sich diese Erscheinung auch kaum
bekämpfen. Man könnte nur lachen, wenn es nicht
doch zu traurig wäre. So wollen wir wenigstens
hoffen, daß diese Weisheit bald wirklich in Gott
ruht!

Rundgebungen gegen die Teuerung.

Reichenberg: Dienstag fand hier eine gut
besuchte Vertrauenspersonenversammlung der
freien Gewerkschaften statt, in welcher zur Frage
der Teuerung Stellung genommen wurde. Das
Referat erstattete Gen. Wanke, Sekretär der
Arbeitsgewerkschaftskommission in Reichenberg über
die Ursachen und Auswirkungen der gegenwärtigen
Teuerung. Im Zusammenhang damit ber-
wies er darauf, daß das Dawes-Gutachten, das in
Deutschland nunmehr angenommen worden sei,
auch für das Proletariat in der Tschechoslowakei
in einer gewissen Hinsicht nachteilige Folgen in
sich birgt, die sich in der Form eines Rückschlages
auf unsere industrielle Betätigung äußern und die
auch auf die gegenwärtige Teuerung in diesem
Staat einen gewissen Einfluß ausüben. In
seiner weiteren Ausführungen berichtete der Gen.
Wanke über die Aktionen, welche von seiten der
sozialdemokratischen Partei und des deutschen Ge-
werkschaftsbundes, sowie der tschechischen Gewer-
schaftszentrale gegen die Teuerung durchgeführt
wurden. Er verwies auf die Versprechungen, die
seitens der Regierung bezüglich der Maßnahmen
zur Verhinderung der Teuerung wohl gegeben,
aber nicht eingehalten worden sind. Als wesent-
liche Ursache der Teuerung bezeichnet Redner die
ungesunde Tarifpolitik, die die Preise der
Lebensmittel erhöht, die unverlässliche Steuer-
politik, deren Tendenz in der massiven indirek-
ten Besteuerung aller Lebensmittel und Bedarfs-
artikel besteht, die von den Agrariern in diesem
Staate beeinflusste Zollpolitik, die letzteren
ungeheure Gewinne bringt, den unheimlichsten
Schichten der Bevölkerung aber die Lebenshaltung
bis ins Unerträgliche verteuert. Als weitere Ur-
sache der Teuerung wies der Redner auf die Er-
höhung der Umsatzsteuer, Zundersteuer, Zölle, die
steuer u. d. v. und auch die Tatsache, daß die Re-
gierung mit jenen Staaten, aus denen uns Nah-
rungsmittel, Butter, etc. zugeführt werden könn-
ten, nicht solche Handelsverträge abschließt,
welche geeignet sind, die Einfuhr genügender Nah-
rungsmittel zu ermöglichen. Redner stellte fest,
daß die Regierung gar nicht daran denkt,
den bedrückten Massen irgendwelche Erleichterun-
gen zu schaffen. Das beweist die Tat-

sache, daß die Arbeitslosenunter-
stützung abgebaut wurde, daß der Staat
seinen Angestellten schon seit dem Jahre 1922 den
Lohn abbaute, wodurch er dem Unternehmertum
ein böses Beispiel gab und es dadurch ge-
radezu anspornte, mit dem Lohnabbau gegen die
Arbeitschaft in der schärfsten Weise vorzugehen.
Die ohnedies durch den Lohnabbau schwer be-
troffene Arbeitschaft wird jetzt auch noch zur Ent-
richtung der Personalsteuern und zur Erhaltung
und zwar gleich für mehrere Jahre aufgefordert
und das zu einer Zeit, wo die Löhne des Arbeit-
ers ohnehin nicht einmal zum dürftigsten Leben
hinlangen.

In seinen weiteren Ausführungen berichtete
Gen. Wanke auch, daß die kommunistischen Ge-
werkschaften des Reichenberger Gebietes an die
Arbeitsgewerkschaftskommission das Ansuchen ge-
stellt haben, eine gemeinsame Teuerungskampagne
durchzuführen. Einer Deputation von Arbeitern,
welche im Laufe vergangener Woche im Sekretariat
der Arbeitsgewerkschaftskommission vorgeprophet
hat, wurde die Frage vorgelegt, welcher Art diese
Kampagne sein sollen und es wurde verlangt,
daß die Arbeitsgewerkschaftskommission von kom-
munistischer Seite schriftlich die Vorschläge über
die Durchführung dieser gemeinsamen Aktion er-
halte. Die Arbeitsgewerkschaftskommission stellte
sich nicht auf einen ablehnenden Standpunkt,
aber sie mußte darauf bestehen, daß die Art der
Durchführung dieser Aktionen zwischen beiden
Körperschaften klar und unmissverständlich festgelegt
wird. Der Ansporn zu dieser gemeinsamen Aktion
wurde angeblickt von der „Arbeitsgewerkschafts-
zentrale“ in Reichenberg gegeben. Diese Körper-
schaft hat es aber nicht für notwendig be-
funden, dem Verlangen der Reichenberger
Arbeitsgewerkschaftskommission bezüglich Erstattung
schriftlicher Vorschläge Rechnung zu tragen und
infolgedessen konnte die Arbeitsgewerkschaftskom-
mission zu dieser Sache weiter nicht Stellung
nehmen.

In der sich anschließenden Debatte erhoben
einige kommunistisch orientierte Vertrauensper-
sonen die bekannten Anschuldigungen gegen die
freien Gewerkschaften und die sozialdemokratische
Partei, die angeblich die Einheitsfront sabotieren.
Diese Anschuldigungen erfuhren von seiten der an-
wesenden nichtkommunistischen Vertrauenspersonen
die schärfste Zurückweisung. Zum Schluß wurde
eine Resolution gegen die Teuerung gegen die
Zusammenkunft von fünf kommunistischen Vertrauens-
personen angenommen. Diese fünf Kommunisten
billigten also nicht die Forderungen,
welche in dieser Sache, die Teuerung zu besei-
tigen.

Warnsdorf: Eine von den freien Angestellten-
Verbänden des Bezirkes Warnsdorf am Sam-
stag einberufene gut besuchte Versammlung im
„Deutschen Haus“ in Warnsdorf nahm Stellung
zur Teuerung aller Lebens- und Bedarfs-
artikel. Einleitend referierte Kollege Plohs-
Bodenbach vom Zentralverband der Angestellten
in Industrie, Handel und Verkehr, der die ver-
schiedensten Ursachen der Teuerung und die Wirt-
schaftskrise besprach. Die Abschlußmaßnahmen
können nur im gemeinsamen Vorgehen aller unter
der Teuerung leidenden Arbeiter und Angestellten
gefunden werden. Die gewerkschaftlichen Spitzen-
organisationen fordern in diesen Tagen von der
Regierung und allen kommunalen und behörd-
lichen Stellen Forderungsmassnahmen. Ständige
Kampfbereitschaft durch Ausbau der Gewerkschaft
und tätige Mitarbeit im Organisationsleben sind
die sicherste Bürgschaft zum Aufstieg. Nach lau-
tem Beifall der Versammlung referierte Kollege
Bergmann vom Allgemeinen Industrie-Anges-
tellen-Verband Reichenberg, der an Hand eines
reichhaltigen Referates die rapide Steigerung
aller Preise nachwies und unter lebhaftester
Zurufen der Versammlung feststellte, daß es dem
Deutschen Hauptverband der Industrie vorbehalten
bleib, durch seine eigenartige Indexführung
nachzuweisen, daß seit Juli 1924 nichts teurer,
sondern alles billiger wurde. Der durchsichtige
Zweck dieser Übung ist, kommenden Forderungen
der Arbeiter und Angestellten in besser beschäff-
teten Industriezweigen vorzubeugen. Kollege
Groschl-Reichenberg, Obmann des Verbandes
der öffentlichen Angestellten, schilderte anschließend
die besondere Notlage und Drangsalierungen aller
Kategorien der Staats- und öffentlichen Angestell-
ten. Unter lebhafter Zustimmung der Versamm-
lung brachte er die besonderen Forderungen der
öffentlichen Angestellten zur Beratung. Nur die
gemeinsame Kampffront aller öffentlichen An-
gestellten, Schüller an Schüller mit den organi-
sierten Privat-Angestellten, in ständiger Kampfbereitschaft
mit der organisierten Arbeiterschaft
wird unseren Einfluß in Politik und Wirtschaft
festigen. Mit besonderer Freude ist deshalb diese
gemeinsame Kundgebung aller organisierten An-
gestellten Warnsdorfs als Zeichen künftiger ge-
meinsamer Arbeit zu begrüßen. — Nach lebhafter
Debatte wurde unter einmütigem Beifall eine
Entschließung angenommen.

Würbenthal: Die Teuerungskundgebung fand
hier am Montag nachmittags unter freiem Him-
mel am Stadtplatz statt. Der frühe Arbeitsbeginn
und die Massenaufzüge verursachten bei den Spie-
bürgern einige Beunruhigung. Die Leitung dieser
Protestversammlung lag in den Händen des Ge-
nossen Alois Würfel, das Referat hielt Genosse
Josef Buresch aus Jägerndorf. In Anbetracht
des Wasserbuchs wogten es die anwesenden
Balkenkreuzer nicht, sich bemerkbar zu machen.
Daß auch ein Regierungsvertreter nach Würben-
thal eilen mußte, um den Redner zu überwachen,
ist ja fast eine Selbstverständlichkeit. Nach den
Ausführungen des Referenten verlas Genosse
Würfel die Resolution, für die sich ein Wald von
Händen erhob.

Die Agrarier gegen die Kleinpächter.

An dem Tage, da das Abgeordnetenhaus auseinandergegangen ist, hat es ein Gesetz beschlossen, das lange einen Streitpunkt unter den Koalitionsparteien gebildet hat. Die Art, wie das Parlament dieses Gesetz einer Erledigung zugeführt hat, ist ein Höhepunkt für den Parlamentarismus, der materielle Inhalt des Gesetzes ein Beweis für den starken, wachsenden Einfluß der Agrarier innerhalb der Koalition.

Seit dem Jahre 1919 werden die Kleinpächter durch die Gesetzgebung geschützt, wurden einige Gesetze beschlossen, wodurch die Kündigung der Pacht für landwirtschaftliche Pächter bis zu einem gewissen Ausmaße durch den Verpächter unmöglich gemacht wird und der Kleinpächter daher vor der Vernichtung seiner Existenz bewahrt wird. In den Jahren 1921 und 1922 wurde das Gesetz ergänzt und geändert und — stets verschlechtert. Die gestern vom Parlament beschlossene Vorlage wurde zuerst im Senat eingebracht und verhandelt und kam sodann ins Abgeordnetenhaus. Sie wurde mit einer bestimmten Frist dem landwirtschaftlichen Ausschuss zugeteilt, der sich aber in Wirklichkeit mit dem für tausende von Kleinpächtern so wichtigen Gesetz zunächst überhaupt nicht befaßt hat. Der Vorsitzende des landwirtschaftlichen Ausschusses, Prof. Kupel, erklärte ebenso naiv wie offen, daß sich die landwirtschaftliche „Bäcker“ über die Vorlage nicht geeinigt hätte, der Ausschuss dadurch die Frist nicht hätte einhalten können und daß also die Vorlage ohne Ausschussberatung direkt dem Plenum unterbreitet wird. Knapp vor Torschluss hat sich die Koalition nun geeinigt und ohne daß vorher die Abgeordneten der Opposition irgend etwas erfahren, ohne daß überhaupt ein schriftlicher Bericht erstattet wurde, wollte der Bericht erstatter nicht das im Senat beschlossene, sondern ein ganz anderes Gesetz vorlegen. Erst über Protest unseres Abgeordnetenkubs wurde die Hausführung unterbrochen, damit der landwirtschaftliche Ausschuss zusammenrete. Dieser hat alle Verbesserungsanträge der Genossen Seidl und Schweichhart abgelehnt und den Entwurf der Bäcker unverändert angenommen. Bei wenigen Vorlagen, die bisher im tschechoslowakischen Abgeordnetenhaus seit 1920 verhandelt worden sind, zeigt sich die Mißachtung alles dessen, was außerhalb der Koalition sich befindet, wie diesmal.

Schon vor zwei Jahren haben die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten beantragt, daß die Verlängerung des Schutzes der kleinen Pächter statt auf zwei, auf weitere sechs Jahre beschlossen werde, damit die Kleinpächter nicht von der Sorge erfüllt sein müssen, daß ihre Existenz in absehbarer Zeit vernichtet werden kann. Die deutschen agrarischen Abgeordneten Heller und Bierhut haben damals dagegen gestimmt und so öffentlich gezeigt, daß ihnen an dem Schutz der kleinen Pächter nichts gelegen ist. Auch jetzt ist die Verlängerung des Kleinpächterschutzes nur auf zwei Jahre beschlossen worden und obendrein ist dieser Schutz viel geringer als früher. Gestern hat natürlich der Herr Bierhut sich den demagogischen Sport leisten können, für den Pächterschutz zu sprechen und zu stimmen, weil er wußte, daß die Verschlechterungen des Schutzes des Kleinpächters von der Koalition so wie so angenommen werden.

Und dieser Verschlechterungen sind nicht wenige: Während früher derjenige Pächter von der Kündigung der Pacht nicht bedroht war, der nicht mehr als acht Hektar gepachtet hatte, wird das Ausmaß nunmehr auf sechs Hektar herabgesetzt. Mögen in der fruchtbaren Aderebene sechs Hektar Pachtland für die Ernährung einer Familie völlig ausreichen, ist das im Gebirge durchaus nicht der Fall und viele Pächter verlieren ihre Existenz, der Pachtgrund fällt an die Verpächter zurück. Ebenso wird die Pacht nicht er-

Krise in der Reichsregierung?

Das Gespenst des Bürgerblods.

Berlin, 25. September. (Eigenbericht.) Der Vorstand der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in einer Sitzung eine Resolution beschlossen, in der die Erweiterung des Reichskabinetts durch Hinzuziehung der Deutschnationalen gefordert wird. Diese Entschliebung ist dem Reichskanzler unterbreitet worden. Damit hat die Deutsche Volkspartei eine neue Regierungskrise heraufbeschworen; sie sagt zwar, daß sie nicht die Bildung eines Bürgerblods anstrebe, aber ihre Verhandlungen gehen doch nur darauf hinaus, der Reichspolitik eine Wendung nach den Forderungen der Deutschnationalen zu geben und den Einfluß der Arbeiterklasse vollständig auszuschalten. Das Zentrum hat durch seine linksstehenden Führer wiederholt erklären lassen, daß es gegen den Bürgerblock sei. Es wird sich nun zeigen, ob der Einfluß dieser Führer stark genug ist, um den angebahnten Kuhhandel mit den Deutschnationalen zu durchkreuzen.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst bemerkt hierzu: Der Sozialdemokratie könnte es, von parteipolitischen Gesichtspunkten aus betrachtet, nur angenehm sein, wenn die Krisenmacher einen Erfolg haben und der Kuhhandel zu einem positiven Abschluß gebracht wird. Aber wir wollen nicht, daß unser Volk einem neuen Vortritt unter deutschnationaler Führung entgegengeführt wird, der abermals von der Arbeiterklasse bezahlt werden muß. Wir wollen den Frieden nach innen und außen, den Wiederaufbau Deutschlands unter Beteiligung des gesamten Volkes. Der Bürgerblock aber will das Gegenteil. Er ist eine Gefahr für das deutsche Volk und für das Deutsche Reich. Deshalb wird die Sozialdemokratie ihn mit allen Mitteln bekämpfen.

Die Labour Party und die Kommunisten

London, 25. September. (Eigenbericht.) Das Exekutivkomitee der Arbeiterpartei hat die angeschlossenen Verbände offiziell über seine Haltung der kommunistischen Partei Englands gegenüber unterrichtet. Das Exekutivkomitee und die Jahresversammlung der Partei, die am 7. Oktober in London stattfindet, wird den Kommunisten den Anschluß an die Partei nicht gestatten und nicht zulassen, daß sie für die Arbeiterpartei als Kandidaten aufgestellt werden. Dieser Beschluß wird damit erklärt, daß weder die kommunistischen Ziele, noch ihre Methoden mit denen der Arbeiterpartei übereinstimmen. Die Arbeiterpartei verurteilt die sozialistische Gesellschaft mit-

teils der parlamentarischen Demokratie zu erreichen, während die kommunistische Partei nach der Diktatur des Proletariates durch das Mittel des bewaffneten Aufstandes strebt. Das Manifest sagt weiter, daß die Arbeiterpartei an der grundsätzlichen Gegnerchaft gegen jede Art von Terror festhalte.

Haftentlassung Hitlers.

München, 25. September. (Volff.) Das Landgericht München hat dem Schriftsteller Adolf Hitler und dem Oberleutnant a. D. Hermann Kriebel mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 ab Strafunterbrechung und Bewährungsfrist von 4 Jahren bewilligt.

neuert, wenn das Gesamtausmaß der landwirtschaftlichen Grundstücke, die sich im Eigentum des Verpächters befinden, nicht mehr als 25 Hektar beträgt, während bisher die Grenze 15 Hektar war. Auch dadurch können also eine Menge Verpächter ihren Pächtern einfach kündigen und sie ins Brot bringen.

Auch sonst schafft das Gesetz eine Menge von Ausnahmen, die seinen Wert für viele Kleinpächter einfach illusorisch macht. Wenn der Verpächter das Grundstück selbst oder durch seine Familienangehörigen bewirtschaften will, kann er gleichfalls die Pacht auskündigen. Hier ist der Willkür des Verpächters der weiteste Spielraum gewährt und hunderte von Kleinpächtern können auf diese Weise in ihrer Existenz vollständig vernichtet werden. Ebenso schafft das Gesetz infolge des Einflusses der tschechisch-österreichischen Ausnahmen für Kirchengüter. Während früher ausnahmslos alle Pächter von Kirchengut geschützt waren, werden nunmehr nur diejenigen Pächter von Kirchengut der Wohlthaten des Gesetzes teilhaftig, wenn das Ausmaß des Kirchengutes weniger als 25 Hektar beträgt. Wenn das Kirchengut in eigene Bewirtschaftung übernommen wird, dann ist der Pächter überhaupt vogelfrei. Interessant ist die Verschiedenheit, wie das Gesetz Kirchengrund und Gemeinde- oder Bezirksgrund behandelt. Während die Pächter von Gemeindegrund in demselben Ausmaß geschützt sind, wie die Pächter von Grundstücken, die Privatpersonen gehören, sind die Pächter von Kirchengütern weit schutzloser. Die Kirche hat eben in der tschechoslowakischen

guten Wagen und die Koalition ist eifrig bemüht, diesen Wagen ständig zu füttern.

Dadurch, daß viele Pächter nunmehr auf ihrem Grundstück nicht mehr geschützt sind, daß die Erneuerung der Pacht nicht mehr in demselben Ausmaß vom Gesetz garantiert ist, wie früher, sind hunderte von Pächtern der Willkür der Bodeneigentümer, den Großagrarier, preisgegeben. Nur wenn der Pächter des Großbauern Willen tut, kann er den Boden weiter in Pacht behalten. Die Verschlechterung des bisherigen Gesetzes entspringt dem Streben, die wirtschaftliche Macht der Großen auf dem Land über die Kleinen zu befestigen, die Kleinen wirtschaftlich vollständig abhängig zu machen von den mächtigen Mittel- und Großbauern. Während nach dem Kriege der Gedanke des Schutzes der Kleinbauern in die Gesetzgebung eingeführt wurde, wird er jetzt abgebaut. Eine Ertragsmindernde der tschechischen Revolution nach der anderen wird abgeschafft, in der Industrie und in der Landwirtschaft wollen die großen Kapitalisten herrschen und ungehemmt ihrem Drang nach Ausbeutung von Arbeitern, Angestellten und Kleinbauern nachgehen können. Die Schwäche der sozialistischen Parteien in der Koalition wird immer mehr offenbar, immer sinnloser wird ihr weiteres Verbleiben in der Regierung mit den kapitalistischen Ausbeutern, die von Tag zu Tag ungestüme die Wiederherstellung des freien Spieles der Kräfte verlangen, der Knechtung aller derjenigen, die über nichts anderes verfügen als über ihre Arbeitskraft.

Inland.

Der Exodus der Bürgerlichen bei der Einführung der neuen Bezirksverwaltungscommission in Eger.

Am Montag, den 22. September übernahm die neuernannte Bezirksverwaltungscommission in Eger ihr Amt, zu welchem Behufe seitens der politischen Behörde in das Sitzungszimmer der Bezirksvertretung die erste Sitzung einberufen wurde. In dem Zimmer hängt das Bild eines weisheitsvollen Aristokraten und darunter stehen die Worte:

Graf Clemens Ledwith-Liebenstein, Bezirksobmannstellvertreter, gest. 1897.

Fünfundzwanzig Jahre später ziehen die Arbeiter in die bisherige Domäne des Bürgertums und des Großgrundbesitzes ein und nicht der Obmann stellvertreter, sondern der Vorsitzende ist ein Vertreter der Sozialdemokratie. Was Wunder, wenn sich das Bürgertum in engerer Verbundenheit gegen die Umstände auflehnt gegen das Emporstreben der Arbeiterpartei und mit allen Mitteln zu verhindern sucht, daß die Arbeiter die ihnen eingeräumte Position auch wirklich ausfüllen.

Bevor noch in die Tagesordnung eingegangen wurde, gab ein Landwirt, der den Sturmbo machen soll, namens der Deutschen Nationalpartei, des Bundes der Landwirte, der deutschen Gewerbepartei, der christlichdemokratischen Freiheitspartei und der christlichsozialen Partei nachstehende Erklärung ab:

„Wir erklären, daß wir

1. mit Rücksicht auf die dem Ergebnisse der letzten Gemeinbewahlen keineswegs entsprechenden Zusammensetzung der Bezirksverwaltungscommission und

2. weil der Vorsitzende derselben nicht den Vertrauensmann der Mehrheit der neuen Bezirksverwaltungscommission darstellt und unter solchen Umständen ein gedeihliches Zusammenarbeiten als ausgeschlossen gelten muß, die Mitarbeit in der Bezirksverwaltungscommission ablehnen.

Die Mitglieder dieser Parteien fordern zumeistens, daß sie den Vorsitzenden entweder aus ihrer Mitte selbst wählen können oder daß er über ihren Vorschlag aus ihrer Mitte ernannt wird.“

Die Sozialdemokraten, die ein Hinausschieben der Einführung um 20 Minuten verlangten, gaben nach Abschluß ihrer kurzen Beratung durch den Genossen Rischka folgende Erklärung zu dem Vorgehen der Bürgerlichen ab:

„Die Vertreter der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei sind hergekommen, um nach bestem Wissen und Können im Interesse der Gesamtbewölkerung des Bezirkes Eger zu arbeiten.

Es erfüllt uns mit Befremden, daß seitens eines von mehreren Parteien beauftragten Vertreters des Bundes der Landwirte die Behauptung aufgestellt wird, daß die Zusammensetzung der Bezirksverwaltungscommission nicht dem tatsächlichen Kräfteverhältnis der Parteien entspricht. Demgegenüber stellen wir fest, daß die Parteienstärke im Bezirk Eger gegenwärtig so aussieht:

Deutsche sozialdem. Arbeiterpartei	5910 Stimmen
Bund der Landwirte	4450 „
Christlichsoziale Partei	3430 „
Deutsche Nationalpartei	2750 „
Deutsche Nationalsozialisten	1890 „
Deutsche Gewerbepartei	630 „
Deutschdemokr. Freiheitspartei	520 „
Fischehen	970 „
Unpolitische Gruppen	1470 „

Aus dieser Zusammenstellung, die Anspruch auf absolute Genauigkeit hat, ist zu ersehen, daß die sozialdemokratische Partei die weitaus stärkste im Bezirk ist und aus diesem Grunde nach allgemeinen parlamentarischen Gepflogenheiten Anspruch auf den Vorsitzenden der Bezirksverwaltungscommission hat.

Uebrigens hat die deutsche sozialdemokratische Partei des Bezirkes Eger bisher überhaupt keine Vertretung in dieser Körperschaft gehabt, was sicher

Sächsische Streifzüge.

Die Unterbezirksleitung Dresden der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hatte für Sonntag, den 21. September große Kundgebungen einberufen, die der Witterungsveränderung und der Bekämpfung der innerdeutschen Reaktion zu dienen hatten. Am 3. August wurde eine große Antikriegskundgebung veranstaltet, die im Zirkus stattfand und so zahlreich besucht war, daß eine Parallelversammlung stattfinden mußte. Für diesmal wollten nun die Dresdner Genossen die Versammlungen dezentralisieren, um so den propagandistischen Erfolg noch größer zu gestalten. Die acht größten Säle Dresdens wurden gemietet, eine Propaganda größtenteils entfällt. Zahllose Flugblätter, die zu den Versammlungen einladen, wurden durch ein Flugzeug Samstag früh über der Stadt ausgestreut. Die ungewöhnliche Agilität fand ihre Belohnung: die acht Versammlungen waren ein voller Erfolg, tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen waren dem Rufe der Parteileitung gefolgt und nahmen teil an den gewaltigen Kundgebungen. Die Kommunisten, die zunächst Vorbereitungen zu Störungen gemacht hatten, überlegten es sich dann doch, nachdem sie den gut fungierenden Ordnungsdienst sahen. Mit Ausnahme jener betrübenden Vorfälle in Chemnitz ist es in ganz Sachsen zu keinen Störungen der Versammlungen gekommen. Die „Partei der jungen Redakteure und Sekretäre“, wie man die sächsischen Genossen spottweise im Reichs nennt, kann auf erhebliche Erfolge verweisen. Während der Unterbezirk Ostschlens mit kaum eineinhalb Millionen Einwohnern

16.000 Parteimitglieder zählt, hat der Bezirk Groß-Berlin mit über fünf Millionen Einwohnern nur 32.000. Zur Verstärkung des Gedankens der Internationalität hatten die Dresdner Genossen ausländische Redner eingeladen. In jeder Versammlung sprach ein Ausländer, eine Genossin und ein sächsischer Genosse, die Kundgebungen waren würdig eingerahmt durch Rezitationen und Massenshows der Arbeiterkämpfer. Der schweizerische Nationalrat Genosse Robert Grimm aus Bern, der steirische Abgeordnete Genosse Wolf-Graz und ich sprachen als Ausländer, auch der französische Deputierte Genosse Le Trocqueur war eingeladen worden und hatte auch zugesagt, kam jedoch nicht.

Zunächst das äußere Bild Dresdens. Wer es in der Inflationszeit besucht hat, wird überrascht sein, keinerlei Veränderungen vorzufinden. Das Leben pulsiert nach wie vor, obgleich die Preise doppelte Weltmarkthöhe erreicht haben. Die Läden in der Prager Straße, sie sind ebenso gefüllt mit allen möglichen Luxusgegenständen, wie je zur Zeit der Inflation. Die Restaurants sind bei Preisen immer voll, es wird getrunken, gegessen, konzertiert, als ob es nie Elend in der Welt gegeben hätte. Wer freilich die Arbeiterwelt in der Inflationszeit sah und sie heute sieht, der wird auch da wenig verändert finden. Not und Elend ist das Schicksal des Arbeiters heute wie damals, ebenso wie Luxus und Ueberfluß während der Inflationszeit und heute den Kapitalisten zur Verfügung stehen.

Ich erkundigte mich über die Löhne. Die besser qualifizierten Berufe, wie Glasarbeiter,

verdienen, wo sie arbeiten können, 30 bis 40 Mark, das sind aber schon die Spitzenlöhne. Metallarbeiter 20 bis 30 Mark, die übrigen Branchen kommen über 20 Mark wöchentlich selten heraus. Die Arbeitsmöglichkeiten sind geringe, sehr oft wird kurz gearbeitet, dadurch infolge der Krise der Achtstundentag noch meist gehalten. Während in Radeberg die Glasfabriken verürzt arbeiten, geht es in Ottendorf-Okrilla besser, besonders wenn man in der Krise die Metallindustrie. Entsprechen die Löhne also den Leistungsverhältnissen bei uns wenigstens annähernd, sind sie im höchsten Falle um 10 bis 15 Prozent höhere als unsere, so sind die Preise um das Doppelte höher wie bei uns. Ein ganz frugales Mittagessen: Suppe, Eierpreise und ein Glas Bier kosteten im Bahnhof Dresden über 20 Kronen, darnach bemessen sich die Preise aller Lebensmittel. Ein ganz mittelmäßiger Anzug ist unter 800 Kronen nicht zu haben, Schuhe kosten über 200 Kronen, ein Hemd, nicht gerade die beste Qualität, 80 bis 100 Kronen usw. Verhältnismäßig billig ist Obst, Äpfel und Birnen sind in geradezu ungeheuren Quantitäten gewachsen und kosten 30 bis 50 Heller pro Kilogramm. Meraner Kurtrauben sind an allen Straßenecken das Kilogramm um 5 bis 6 Kronen zu haben. Daß unter diesen Verhältnissen die Arbeiterpartei ungeheuer leidet, ist mehr als verständlich.

Sonntag vormittags spreche ich im Dresdner Stadtteil Striesen. Die Genossen haben ein Volkshaus gekauft, bauen fleißig daran und sind begreiflicherweise sehr stolz auf das eigene Heim. Die Versammlung ist außerordentlich würdig.

keine Tische, nur Stühle, in Reihen gestellt, in einem Alkoven nehmen die Sänger Platz, eröffnen die Kundgebung. Der zufällig anwesende Bürgermeister von Verby (Mittelengland) Wilkens spricht einige Worte von Frieden und Menschlichkeit. Laut werde ich begrüßt, ein Hauch internationaler Gemeinschaft weht über dieser wie über allen anderen Versammlungen. Ich spreche vom Krieg, von dem zerstörenden Nationalismus, der nur vernichten, nichts aufbauen kann, spreche von den Pflichten der internationalen Arbeiterklasse im gemeinsamen Kampfe. Zustimmung erschallt immer wieder, wenn die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit betont wird, demonstrativer Beifall, als ich geendet, neuerdings erschallt Beifall, als ich das Lokal verlasse, um mit dem bereitstehenden Auto nach Niedersiedlitz in die nächste Versammlung zu eilen. Dort hat unterdessen Genosse Wedel, der Vorsitzende der Dresdner Partei, gesprochen, auch hier wieder ein warmer Empfang, herzliche Freude über die Befundung internationalen Geistes durch den Austausch fremder Redner. Beide Versammlungen waren außerordentlich gut besucht, die Stimmung eine glänzende.

Nachmittag geht mit der Bahn nach Dresden zurück, wo schon Genosse Grimm wartet. Im Auto der „Volkzeitung“ fahren wir nach Weitzen, wo Genosse Grimm spricht, ich fahre weiter bis Riesa. Von weitem sehen wir schon die wehenden Fahnen, der Demonstrationszug sammelt sich. Mit einer Musikkapelle und zahlreichen Fahnen, unter denen besonders die schwarz-rot-goldenen der Republik uns etwas merkwürdig anmuten, steht sich der etwa 1200 Personen umfassende Zug in Bewegung. Vor dem Schützen-

Unwetterkatastrophen.

Die Ueberschwemmung in Leningrad.

Moskau, 25. September. (AP.) De aus den Ufern getriebene Niewa hat, wie bereits gemeldet, Leningrad überflutet, doch ist kein weiteres Steigen des Wassers mehr zu verzeichnen. Insbesondere die Stadtbezirke Wassiljewskij, Gutschajewski und Golodaj und der Galeserekanal litten Schaden. In einigen Bezirken stieg das Wasser bis zu den ersten Stockwerken der Gebäude. Viele hundert Jahre alte Bäume wurden umgestürzt. Durch einen starken Westwind wurden Wasserhöfen gebildet. Die ganze Nacht hindurch vom 23. auf den 24. September wurde für den Schutz der Bevölkerung gesorgt. Die Ueberschwemmung wurde dadurch verursacht, daß im Finnischen Meerbusen des Baltischen Meeres heftige Wirbelwinde das Wasser aufpeitschten und es in das Flußgebiet der Niewa trieben. In der Stadt Groznij (Nordkaukasus) wüthete ein heftiger Sturm. Die Eisenbahnstrecke und die Petroleumquellen wurden zerstört. Der Schaden betrug auf 500.000 Goldrubel geschätzt.

Wie weiter aus Leningrad gemeldet wird, hat die Ueberschwemmung 19 Menschenleben gefordert. Es wurden erhebliche Schäden verursacht. Ein im Hafen ankerndes deutsches Handelschiff scheiterte an einer Untiefe, 59 ausländische Schiffe erlitten keinen Schaden. Die Behörden unternahmen Schritte zur Sicherung der regulären Approvisionnement der Bevölkerung.

60 Todesopfer eines Zyklons.

Paris, 25. September. (Savas.) Wie „Chicago Tribune“ aus New York meldet, sind dem jüngst in den Staaten Wisconsin und Minnesota wüthenden Zyklon 60 Menschen zum Opfer gefallen.

Hochwasser in Frankreich.

Paris, 25. September. (Savas.) Bei dem in der Provence wüthenden Sturm hat das Wasser die Brücke in Nîmes weggerissen. Eine Lokomotive stürzte in eine Schlucht. Der auf der Lokomotive fahrende Heizer und ein Soldat verbrannten. Der Maschinenist wurde wahrscheinlich vom Wasser mitgerissen.

Die Gegend des Departements Bouches wurde überflutet. Brücken stürzten ein, Bäume wurden aus dem Boden gerissen. Die Weinreife ist stark bedroht. Der Eisenbahnverkehr auf der Strecke Marseille-Nyon ist bedeutend eingeschränkt und wird hauptsächlich auf Umwegen aufrecht erhalten.

Ein Schweizer Dorf durch Erdrußsch verschüttet.

Bellinzona, 25. September. Mittwoch abends ging über den Kanton Tessin ein furchtbares Gewitter nieder, welches in einzelnen Gegenden ungeheuren Schaden anrichtete. Das Dorf Somo im Maggia-Tal wurde durch einen Erdrußsch vollkommen verschüttet, wobei 15 Personen ums Leben kamen und etwa 20 Häuser vollkommen zerstört wurden. Die Bahn durch das Maggia-Tal mußte den Betrieb einstellen. Der Bahnhof von Somo ist vollständig zerstört.

Gewitter im Tessin. Mittwoch abends ging über den Kanton Tessin ein furchtbares Gewitter nieder, welches in einzelnen Gegenden ungeheuren Schaden anrichtete. Das Dorf Somo in Maggial wurde durch einen Erdrußsch vollständig verschüttet, wobei 15 Personen ums Leben kamen und etwa 20 Häuser vollkommen zerstört wurden. Die Bahn durch das Maggial mußte den Betrieb einstellen. Der Bahnhof von Somo ist vollständig zerstört.

Eine Interpellation wegen des Eisenbahnunglückes in Böhmen-Tepla wurde von den Genossen Grünzer, Schweichhart und Fischer im Abgeordnetenhaus überreicht. In dieser Interpellation wird insbesondere gegen den auch von uns schon besprochenen Raubbau an der Arbeitskraft der Eisenbahnen protestiert, weiter dem Eisenbahnministerium, an dessen Leiter die Interpellation gerichtet ist, der schwerste Vorwurf wegen den unhaltbaren Verhältnissen auf dem Bahnhof in Böhmen-Tepla gemacht und der Eisenbahnminister schließlich gefragt, ob ihm die Hauptursachen des Eisenbahnunglückes bei Böhmen-Tepla bekannt sind. Weiters was gedenkt er zu veranlassen, daß die unhaltbaren Bahnhofsverhältnisse und Verkehrsschwierigkeiten in Böhmen-Tepla sobald als möglich beseitigt werden; was gedenkt er vorzuschreiben, daß ähnlichen Katastrophen wie jener am 12. d. M. rascherens er wirksamer Weise vorgebeugt wird; ferner: Ist er bereit, vor allem zu verfügen, daß die schikanösen Personalverschiebungen durch Beförderungen, wodurch die Verkehrssicherheit auf den Eisenbahnen nur gefährdet wird, endlich eingestellt werden; was gedenkt er zu tun, um den Personalreduzierungen Einhalt zu gebieten und dem Personal eine dem schweren und verantwortungsvollen Dienste sowie den Teuerungsverhältnissen entsprechende Entlohnung zu sichern, und schließlich, was gedenkt er im Allgemeinen zu veranlassen, um den in jüngster Zeit in erschreckender Weise sich häufenden, die Öffentlichkeit in nicht geringem Maße beunruhigenden Eisenbahnunglücken vorzubeugen. Es ist zu hoffen, daß der Eisenbahnminister im Interesse der Beruhigung des Publikums ehestens diese Interpellation eingehend beantwortet. Und von den Worten dann auch sofort zur Tat schreitet.

Protestversammlung der Prager Bankbeamten. Im überfüllten Saale der Produkthaus

und gestern eine Protestversammlung der Bank- und Sparkassenbeamten in Prag statt. Der Vorsitzende Dr. Freund erklärte in kurzen Worten, daß es sich in der Besammlung darum handle, dagegen Protest zu erheben, daß die Verhandlungen über den Aufschlagsbeitrag für das letzte Quartal 1924 derart verschleppt werden, und daß eine Erhöhung der bisher ausgezahlten Quote in Anbetracht der Teuerung überhaupt nicht befürsichtigt wurde. Kollege Teller berichtet über die am Nachmittag stattgefundenen langwierigen Verhandlungen, während Sekretär Waschal in einer längeren Rede die Abwärtstendenzen der Bankdirektoren geißelte. Nach einem kurzen Schlussworte des Vorsitzenden Dr. Freund wurde die Versammlung geschlossen.

Bata und die Lokalbahn Drotowitz-Plin. Einige Blätter brachten die Meldung, daß die Lokalbahn Drotowitz-Plin-Bisowitz von dem Fabrikanten Bata angekauft wurde. Dagegen verlautbart das Eisenbahnministerium, daß diese Meldung den Tatsachen nicht entspricht.

Gräßlicher Tod eines Kindes. Sonntag stieg der neunjährige Sohn des Stationsdieners Josef Bernik in Gsojan im Böhmerwalde auf den eisernen Leitungsmast der elektrischen Hochspannungsleitung. Als derselbe durch die angebrachte Sicherheitsvorrichtung verhindert war, bis zu den Drähten zu gelangen, kroch er zwischen den eisernen Verbindungsstreben hindurch und dann im Innern bis zu den Leitungsdrahten in die Höhe. Vom elektrischen Strome getroffen, stürzte das Kind zu Boden und starb an den erlittenen schweren Verletzungen.

Unter die Schnellzugräder gesprungen. Vor dem Olmücker Bahnhof überfuhr der Mittwoch in Olmütz einziehende Prager Schnellzug ein 22jähriges Mädchen, deren Identität bisher nicht festgestellt ist. Es handelt sich offenbar um ein Mädchen aus wohlhabender Familie; es war von der linken Seite unter den Zug gesprungen, so daß der Lokomotivführer es nicht bemerken konnte. Erst in Olmütz fand man die Blutspuren an der Lokomotive.

Im Riesengebirge beim Beerensuchen abgestürzt. Wie aus Peyer berichtet wird, ist die Frau des Besitzers des Gasthauses „Zum Riesengrund“, Frau Dix, im Riesengrunde abgestürzt. Sie war am Samstag auf die Suche nach Preiselbeeren gegangen, kehrte aber nicht mehr zurück. Sie stürzte von einer hohen Wand im Riesengrunde ab und konnte nur als Leiche geborgen werden.

Der Autobus Prag-Eule umgestürzt. Wie gemeldet wird, stürzte der auf der Strecke Prag-Eule verkehrende Autobus zwischen Múse und Búsnice um, wobei vier Personen verletzt und vom Auto des Roten Kreuzes nach Prag befördert wurden.

Ein Münchner Parteiveteran gestorben. In München starb im 85. Lebensjahre einer der ältesten Parteiveteranen Bayerns, Genosse Georg Virl. Sein Name ist mit der Geschichte der Münchner Sozialdemokratie aufs engste verknüpft; das Parteiunternehmen der „Münchener Post“ trägt seinen Namen. Seine Tätigkeit begann bereits in den achtziger Jahren; von 1890 bis 1919 war er Reichstags- und Landtagsabgeordneter, sowie Mitglied des Magistrates der Stadt München.

Die große Deutschlandfahrt des „Z. R. III.“. Trotz des andauernd schlechten Wetters hat sich die Leitung des Luftschiffes „Z. R. III.“ entschlossen, gestern früh 9 Uhr die große Deutschlandfahrt anzutreten. Der Entschluß ist wohl u. a. darauf zurückzuführen, daß von den großen internationalen Wetterstationen für gestern eine günstige Wetterprognose gestellt war. Wenn die Deutschlandfahrt günstig verläuft, soll, wie es in den Blättermeldungen heißt, die Fahrt über den Atlantischen Ozean etwa zehn bis 14 Tage nachher stattfinden. Der gestrige Aufstieg des „Z. R. III.“ ist in Friedrichshafen kurz nach 9 Uhr vormittags erfolgt. Bei der Abfahrt war eine große Menschenmenge zugegen. Zunächst kreuzte der Zeppelinkreuzer einige Zeit über dem Bodensee, um sonnen- und geographische Versuche vorzunehmen. Die Fahrt wird voraussichtlich über Thüringen, Heidesberg, Frankfurt am Main, Marburg (Hessen) und Hannover gehen. Je nach den Windverhältnissen wird es sich entscheiden, ob die Fahrt nach Hamburg und Bremen ausgedehnt wird. Das Luftschiff „Z. R. III.“ hat dann um 10.30 Uhr Siegmaringen, um 10.55 Uhr Tübingen, um 11.20 Uhr Pforzheim und um 11.32 Uhr Bruchsal in sehr rascher Fahrt passiert. Um 12.30 Uhr ist das Luftschiff über Frankfurt a. M. eingetroffen. — Dann setzte das Zeppelinluftschiff seine Reise in der Richtung Siegen—Marburg—Kassel—Hannover—Bremen fort und überflog um fünf Uhr Hamburg. — Es flog dann über Flensburg—Kiel—Plön und passierte gegen acht Uhr abends Lübeck. Von hier aus setzte es seine Fahrt nach der mecklenburgischen Ostküste fort.

Nach Muttersprache und Abstammung. Der Rektor der technischen Hochschule in Wien hat eine Rundmachung erlassen, mit der die vom Professorenkollegium beschlossenen Bestimmungen über das Studentenrecht an dieser Hochschule verlaubt werden. Danach wird die Studentenchaft nach Muttersprache und Abstammung (!) in verschiedene „Studentennationen“ zur Vertretung der Interessen ihrer Angehörigen geteilt. Ueber die Zugehörigkeit zu den einzelnen Studentennationen entscheiden diese selbst und über die Zugehörigkeit zur deutschen Nation die „deutsche Studentenschaft“, der besondere akademische Rechte eingeräumt werden. Nach Hakenkreuzermanier also vor allem das Recht, die Nichtaraber abzurempeln und zu verprügeln.

Aufhebung überflüssiger Auslandsvertretungen durch — Chile. Die chilenische Regierung hat aus Ersparnisgründen von den 51 bei Auslandsmissionen tätigen Militärattachés 40 abbe-

rufen. Ferner beabsichtigt die Regierung, alle nicht unbedingt als nötig zu betrachtenden diplomatischen Posten aufzuheben. An diesem Vorhaben können sich einige der sogenannten Nachfolgestaaten ein Beispiel nehmen, zumal es ihnen kaum so gut geht, wie der südamerikanischen Republik.

150 Meilen Stundengeschwindigkeit eines Autos. Gestern wurde von dem bekannten Automobilisten Malcolm Campbell der englische Schnelligkeitsrekord auf dem 12-zylindrigen Rennwagen „Sunbeam“ erzielt. Es wurde eine Schnelligkeit von einer Meile in 23,96 Sekunden erreicht, was etwas mehr als 150 Meilen in einer Stunde bedeutet.

Millionenbetrug in Berlin. Bei dem Hauptpostkontrollamt des Berliner Vorortes Neukölln ist ein großer Betrag, durch den das Reich um etwa dreieinhalb Millionen Goldmark geschädigt worden ist, aufgedeckt worden. Der Inhaber einer chemischen Fabrik in Neukölln, der 29jährige Dr. Franz Kopp hatte zwei Beamte des Hauptkontrollamtes betrogen, ihm Jahre hindurch statt denaturierten Brauntweins unbenutzten zu liefern. Dr. Kopp ist flüchtig. Ein Oberinspektor wurde verhaftet.

Ein „Vollflugzeug“? In Leeds wird gegenwärtig ein Zwerghausflugzeug gebaut, dessen Rotor nur 25 PS entwickeln und dessen Betriebskosten 61 Franken pro Stunde betragen soll. Die Flügel können gefaltet und das Flugzeug somit leicht in einer Garage untergebracht werden. Die Länge des Apparates beträgt nicht mehr als die eines Automobils, die Breite nicht mehr als ein Billardtisch. Das Flugzeug kann zwei Personen an Bord nehmen. Der Verkaufspreis beträgt 300 Pfund Sterling. Die Konstrukteure sind der Meinung, damit das Problem des „Vollflugzeuges“ gelöst zu haben.

Witterungsübersicht vom 25. September. Eine sekundäre Störung, welche am Vorderrande der Hauptdepression über der Nordsee am Mittwoch die westlichen Teile Mitteleuropas passierte, verursachte nur im West- und Südwesternde Böhmens Niederschläge (Eger zehn Millimeter). In den übrigen Teilen der Republik trat bei vorwiegend südlicher bis östlicher Luftströmung neuerlich eine Erwärmung ein. Die Nachmittagstemperaturen erreichten oder überschritten überall 25 Grad Celsius. Prag hatte ein Maximum von 27 Grad Celsius, die Mitteltemperatur war um sieben Grad Celsius über dem Normale. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Westen: Wechselnde Bewölkung ohne wesentliche Niederschläge, etwas kühler. Osten: Andauern der günstigen Witterung.

Bildungsarbeit.

Die Entfaltung der proletarischen Kultur.

Vom „Haus der Arbeit“. Ueber Vorschlag unserer Bildungszentrale sind Vorbereitungen zur Umwandlung des Aussen „Haus der Arbeit“ in ein soziales Museum im Gange. Das Glück des Versuches wird von der Einsicht der Aussteller selbst abhängen. Die Genossin Seliger hat sich eben bereit erklärt, alle Ausstellungsgegenstände, die sie dem sozialen Museum zu überlassen. Es handelt sich um wertvolle Dokumente zur Parteigeschichte, sowie zur Biographie des Genossen Seliger. Es ist zu hoffen, daß das dankenswerte und vorbildliche Verhalten der Genossin Seliger beispielgebend wirkt.

Von einer Sommerschule. Die Textilarbeiter-Sommerschule in Johannisbad, die am letzten Augusttag beendet wurde, wird dazu beitragen, den Gedanken der Sommerschulen auch auf unserem Boden im nächsten Jahre kräftiger in Erscheinung treten zu lassen. Einer der Teilnehmer der Schule, der Weber Heinrich Hüptner aus Qualitz hat einen Bericht verfaßt der die seelische Wirkung von gelungenen Sommerschulen auf die proletarische Persönlichkeit offenbart. Der Gen. schreibt: „Daß die Schüler mit Liebe und Verständnis bei der Sache waren, beweist, daß sie lange vor Beginn der Schule das Klassenzimmer füllten und nach Schluß der Vorträge noch beisammen blieben, ihren Gedankenaustausch oft auf der Straße fortsetzten, wobei Ausgäste gerne etwas zu erlaunzen suchten. . . Wenn in jedem Arbeiter die Liebe zur Gewerkschaft und der Glaube an sie erwacht ist, dann werden wir — wenn nicht mehr — zum mindesten die Demokratie in allen Produktionsstätten erreichen.“

Vorträge im Oktober. Der Bildungszentrale ist es gelungen, für den Monat Oktober zwei bedeutende Forscher für Vorträge unserer Bezirksbildungsausschüssen zu gewinnen. Universitätsprofessor Gen. Dr. Carl Grünberg, der berühmte Leiter des Institutes für Sozialforschung in Frankfurt hat sich bereit erklärt, eine Reihe von Vorträgen über sozialistische Probleme zu halten. Der Gelehrte spricht am 6. Oktober in Prag, am 7. in Aussig, 8. in Bodenbach, 9. in Teplitz, 10. in Karlsbad, 11. in Reuders. — Zur Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse stellt sich uns der bekannte Berliner Astronom Gen. Felix Linke, Dozent an der Humboldt Akademie, zur Verfügung. Er spricht: am 5. Oktober in Komotau, Postelberg und Dux, am 6. in Teplitz, am 7. in Leititz, am 8. in Graupen, am 9. in Radonitz, am 10. in Brüx, am 11. in Billa.

Bodenbacher Bildungsarbeit. Der Bodenbacher Kreisbildungsausschuss hat für den 19. und 20. Oktober, 2. und 9. November die Durchführung sozialistischer Sonntagschulen in allen Bezirken des Kreises, also in Bodenbach, Benfen, Rannitz, Haida beschlossen. Als Lehrgänge wurden festgelegt: Vorkurs des Sozialismus. Von der Utopie zur Wissenschaft. Was ist Klassenkampf? Verfassungen des Sozialismus. — Ebenso sind Vortragszyklen, Refe-

renzenzyklen, sowie Symphoniekonzerte und Sprachkurse in Vorbereitung.

Das Programm der Aussen. Der Aussen Kreisbildungsausschuss begann Mitte Oktober eine sozialistische Arbeiterschule, die allwöchentlich einmal abends stattfindet und folgende Kurse aufweist: Volkswirtschaftslehre (sechs Abende) — Das tägliche Recht (fünf) — Staatslehre (fünf) — Geschichte des Sozialismus (fünf) — Streifzüge durch die Weltgeschichte (fünf) — Kommunalpolitik (drei Abende). In Tümm und Großpriezen werden Sonntagschulen vorbereitet. Für November und Jänner wurden Arbeiterbibliothekarleure und Arbeiterbrennerkurse beschlossen. Allmonatlich findet in Aussig ein großer Vortrag statt. Es sollen Engelbert Graf (Stuttgart), Angelika Walabanoff (Wien), Friedrich Austerlitz (Wien), Otto Gädgel (Wien) und Ernst Reinhard (Bern) sprechen. In achtzehn Orten des Kreisgebietes werden je sechs Lichtbildervorträge über Massenhygiene vorbereitet. Die proletarischen Frauenabende, im Vorjahr mit starker Wirkung begonnen, werden fortgesetzt. Im Aussen Stadttheater finden zehn Arbeiterveranstaltungen statt. Der Steigerung proletarischer Festkultur dienen ferner sechs Arbeiter-Symphoniekonzerte, zwei Kammermusikabende (voraussichtlich Rosenquartett) und ein Wiederabend mit Agard De Stewig (Wien). Als Dirigenten sind die Wiener Kleinau, Mikus, Stiedry und Pisk, sowie Zemlinsky, Redbal, Hoeßlin (München), Bräcker (Leipzig) und Schulz-Dornburg (Münster) in Aussicht genommen.

Hopfenpflüder und Hopfenbauern.

Eine notwendige Ergänzung.

„Oft ist der arme Hopfenpflüder, der keine Sorgen hat, glücklicher als der Bauer, der beständig vom Unglück bedroht ist.“
„Saazer Anzeiger“ vom 29. August.

So argumentiert ein deutschnationales Blatt, das auf den unter obigem Titel erschienenen Artikel des Genossen Jocksch zur Verteidigung der reichen Hopfenbauern ausgerichtet ist. Zwar kann der „S. A.“ in keinem Punkte die Richtigkeit der über das Elend und die schlechte Entlohnung der Hopfenpflüder gegebenen Schilderung bestreiten — er wagt es gar nicht, die Zustände als besser oder erträglicher zu bezeichnen —, doch besonnen geachtet schimpft er richtig über die „zwecklose Debe“ der Sozialdemokraten. Für Leute diesen Schlages ist jede Beschreibung der sozialen Gegensätze ein Grauel. Jeder Aufklärung über die Ausbeutung der Besitzlosen durch ihre besitzenden Volksgenossen entgegenzuwirken, haben sie für ihre „völkische Pflicht“.

Nun ist ja die Meinung des „S. A.“ nicht so wichtig, daß man sich durchaus mit ihr beschäftigen müßte, aber in diesem Falle ist es doch verlockend, nachzuweisen, daß die unglücklichen Hopfenpflüderer wirklich keinen Grund haben, die glücklichen Hopfenbauern zu beneiden. Nachstehende Zusammenstellung über die Regie und die Profite der Hopfenbauern gibt uns in dieser Beziehung hinreichend Aufschluß:

Das bis jetzt abzuschätzende Ernteergebnis dieses Jahres beträgt per Schock 20 bis 25 Viertel, das sind beim Hektar 1800 bis 2302 Viertel. Auf einen Zentner dünnen Hopfen gehen heuer 80 Viertel grüner Hopfen. Man kann also den diesjährigen Heuervertrag mit 23 Zentnern abschätzen (14 im Jahre 1922 und 7,5 im Vorjahre). Und jetzt die Regie für einen Hektar Anbaufläche:

Bearbeitung per Hektar = 91½ Schock à 18 K 1701.—
für Hopfendrah per Hektar 200 Mg. à 5 K 1000.—
für Hütchen für ein Hektar 30 Mg. à 5 K 150.—
Pflüderlohn 1.40 per ein Viertel = p. Hekt. 3306,80
2962 x 140
Erhaltung d. Gartens n. sonst. Ausl. p. Hekt. 3000.—
Summa K 9157,80

Einnahmen per Hektar 23 Ztr. à 1700 K
(Durchschnittspreis) K 39.100.—
Somit ein Reingewinn von K 29.242,20

Ein Beispiel.

Der Hopfenbauer Franz Barth aus Stanfowitz hat auf seinem Hopfengarten (Namen des Feldes: Baumlaufsch) 58 Schock und 18 Stöcke Hopfenpflanzen. Auf diesen Hopfengarten hat Herr Barth heuer 23 Zentner Hopfen gebaut. Davon hat er 16 Zentner im Vorverkauf mit je 3000 Kronen verkauft, den übrigen zum gegenwärtigen Preis von 1700 Kronen. Das ergibt auf diese 58 Schock Hopfen eine Einnahme von 59.000 Kronen. Wenn man die Regie auf diesen Garten schon mit 10.000 Kronen berechnen würde, so bleibt immer noch ein Gewinn von 49.000 Kronen.

Diese wenigen Ziffern reichen schon hin, um auch dem Fernstehenden einen Einblick in die unerhörten Gewinne der großen Hopfenbauern zu ermöglichen. Nimmt man hinzu, daß nach den Angaben des Direktors Gausa heuer im Saazer Land allein 120.000 Zentner Hopfen geerntet wurden, so bedeutet das den Durchschnittspreis von 1.700 K, angenommen, für die Produzenten eine Einnahme von 204.000.000 Kronen. Dazu kommen noch die Millionengewinne des Hopfenhandels. Und demgegenüber stelle man das alberne Gefasel des „S. A.“ von den glücklichen Hopfenpflüderern und den unglücklichen Hopfenbauern. Dazu gehört wahrhaftig schon die staunenswerte Borniertheit eines deutschnationalen Blattes, angesichts solcher Riesengewinne die Forderung nach einer besseren Entlohnung und menschwürdiger Unterbringung der Hopfenpflüderer als „zwecklose Beherrchen“ zu bezeichnen.

Volkswirtschaft.

Die Lage der Textilindustrie.

Die Unternehmer als Schwarzseher, um Lohnforderungen der Arbeiter hinauszulassen. — Im allgemeinen gegen Juli Lage unverändert. — Betriebsreduktionen in den Spinnereien. — Die Lage der einzelnen Branchen.

Mit Ausnahme einzelner Branchen hat sich die Situation in der Textilindustrie im deutschen Gebiet der Tschechoslowakei im Monat August gegenüber dem Vormonat nicht wesentlich geändert. Die auch von Unternehmerseite als günstig bezeichneten Ergebnisse der Reichsberger Messe kamen offensichtlich in der Produktion noch nicht zur Auswirkung. In einigen Branchen der Textilindustrie ist zwar eine Belebung der Produktion — wenn auch in bescheidenem Ausmaße — zu konstatieren, während in anderen Branchen der vormonatliche Zustand auch im August keine Besserung erfuhr. Es ist anzunehmen, daß von Unternehmerseite mit Absicht der bisherige Zustand der Depression aufrecht erhalten wird, um eventuelle Lohnforderungen der Arbeiter damit hinauszulassen, denn sonst läßt sich anders der Widerspruch nicht erklären, der darin liegt, daß in manchen Branchen noch immer Betriebsreduktionen und Arbeiterentlassungen stattfinden, während die Berichte der Fachzeitschriften der Textilindustrie gerade in diesen Branchen bezüglich der Konjunktur günstig lauten. Das gilt vor allem für die Garnerzeugung, wo berichtet wird, daß ein starker Geschäftsgang vorhanden ist und die Garnerzeuger durchwegs mit Aufträgen — in mitunter erheblichem Ausmaße auch schon für das kommende Jahr — versehen sind. Aus den Berichten aus unseren Kaufverträtarien aber entnehmen wir, daß gerade in den Spinnereien, besonders in den Baumwollspinnereien in verschiedenen Orten bedeutende Betriebsreduktionen vorgenommen wurden. Wie die Situation im August in den einzelnen Gangebieten unseres Verbandes war, geht aus den nachstehenden Darstellungen hervor:

Luchindustrie.

In diesem Industriezweig war der Beschäftigungsgrad im Jägerndorfer Gebiet, mit Ausnahme von Jägerndorf selbst, gleich gut wie im Vormonat. Dasselbe traf auch für das Neustädter Gebiet zu. Auf dem Reichsberger Plage wurde ein Abflauen der Produktion in der Tuchbranche konstatiert und es ist dort auch zu Arbeiterentlassungen in einzelnen Betrieben gekommen. Die

Schafwollwaren - Erzeugung

im Acher Gebiet war nicht ungünstiger wie im Vormonat. Im Neustädter Gebiet jedoch wurden bereits teilweise Feiertage eingelegt. Auch im Reichsberger Gebiet ließ der Beschäftigungsgrad zu wünschen übrig. Es scheint aber, daß eine weitere Verschlechterung dieser Situation für die nächsten Wochen nicht mehr zu fürchten ist. In den

Rammgarn- und Abfall - Spinnereien

war die Produktion im Monat August im allgemeinen noch befriedigend. Keine Besserung war in der Reudeder Rammgarnspinnerei (Acher Gebiet) zu verzeichnen, desgleichen auch im Neustädter Gebiet, wo in einzelnen Abfallspinnereien Feiertage eingelegt wurden. Recht wenig erfreulich war die Situation in der

Baumwoll - Industrie.

Im Neustädter Gebiet war sowohl in den Spinnereien als auch in den Webereien der Beschäftigungsgrad im August noch ein ziemlich guter. Im Acher Gebiet kam es zu Arbeiterentlassungen infolge von Betriebsreduktionen und auch im Sternberger und Mähr. Schönberger Gebiet wurde in vielen Betrieben die Arbeitszeit oder Stuhlzahl herabgesetzt. Eine merkbare Abschwächung der Produktion machte sich auch im Reichsberger Gebiete bemerkbar. Infolge dieses Produktionsrückganges ist es in einzelnen Gebieten in einer Reihe von Betrieben zu Arbeiterentlassungen gekommen, oder es wurde die Arbeitszeit auf drei Tage wöchentlich und noch darunter herabgesetzt. Im Teplitzer Gebiet lagen die Dinge noch ungünstiger. Dort wurde in einer ganzen Reihe von Orten, unter anderem in Görfou, Witzschau, Benken, Hölzig, die Arbeitszeit auf drei Tage pro Woche reduziert, ein Betrieb in Teitschen wurde völlig stillgelegt. Auch im Trautauener Gebiet wurde in vielen Webereien die Arbeitszeit bereits herabgesetzt. Nicht besser war die Situation im Warnsdorfer Gangebiet (in Krauzthal-Wolmsdorf), wo bis vor kurzem in zwei Schichten gearbeitet wurde, und wo man nun die Arbeitszeit für jede Schicht auf zwei Tage wöchentlich reduziert. Günstiger waren die Produktionsverhältnisse in der Buntweberei im Rumburger Gebiet, wo in allen Betrieben flott — teils mit Ueberstunden — gearbeitet wurde. Anzeichen einer Abschwächung sind aber auch dort schon vorhanden. Diese Verhältnisse in der Baumwoll-Industrie wirkten naturgemäß auch ungünstig auf die

Beredlungs - Industrie.

die infolge dessen in einzelnen Gangebieten mehr oder weniger zu Betriebsbeschränkungen schreiten mußte. In einem Falle kam es zur völligen Einstellung des Betriebes, wovon nahezu 700 Arbeiter betroffen wurden. Wenn die Verschlechterung der Produktion in der Baumwoll-Industrie weiter anhält, oder sich noch verschärft, dann wird sich natürlich auch die Lage in der Beredlungs-Industrie noch mehr verschlechtern. Ein leidlich guter Beschäftigungsgrad war zu verzeichnen in der

Flachs-, Jute- und Leinen-Industrie.

Im Jägerndorfer Gebiet war in den Flachs-, Jute- und Seidenspinnereien, auch in den Leinenwebereien ein flotter Geschäftsgang zu verzeichnen. Auch der Jutebetrieb im Neustädter Gebiet war gut beschäftigt. Ein gleich günstiger Produktionsstand wurde im Sternberger Gebiet verzeichnet. Im Trautauener Gebiet war in den Flachs-, Jutespinnereien sogar eine Steigerung der Produktion bemerkbar. Etwas ungünstiger lagen die Verhältnisse dort in der Leinen-Industrie, deren Erzeugnisse als Exportware einen schweren Stand gegenüber der belgischen Konkurrenz haben. In dieser Branche zeigte sich bereits bei verschiedenen Warengattungen ein fühlbarer Mangel an Nachfrage und so kam es in jenen Unternehmungen, die nicht auf Lager arbeiten wollen, zu Betriebsreduktionen. Ob sich die Situation mit Eintritt der neuen Flachsenernte bessern wird, wird die Zukunft lehren. Die

Wirk- und Strickwaren-Industrie

hatte im August in einzelnen Gebieten Hochkonjunktur. Die eingelassenen Aufträge für die Winterfaison beleben die Produktion. Bessere Erzeugnisse dieser Branche werden auch vom Ausland und in ziemlicher Quantität begehrt. Leider wirken auch in dieser Branche verschiedene Umstände hemmend auf die Produktion. Die Geldknappheit, die große Zurückhaltung der Erzeuger in Punkt Kreditgewährung gegenüber den Abnehmern, sowie die Tatsache, daß es in dieser Industrie eine große Zahl von Zwergbetrieben gibt, die nicht kapitalstark genug sind und mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, beeinflussen die Produktionslage in ungünstigster Weise. Im allgemeinen war nach den Berichten aus dem Acher, Teplitzer und Reichsberger Gebiet die Beschäftigung in dieser Branche im Monat August als eine gute zu bezeichnen. Die

Seiden-Industrie

wies in der Kravattenstoff- und Spinnstoff- Erzeugung noch einen ziemlich flotten Geschäftsgang auf. In der Erzeugung von Seidenbandwaren und brochierten Seidenwaren hielt auch im Monat August die Depression an.

In Warnsdorfer Hoseknöpfen anhaltender schlechter Geschäftsgang. Die Stickerei-Industrie und Spinnerei-Industrie war im allgemeinen im Monat August gut beschäftigt. Nur im Teplitzer Gebiet machte sich in der Spinnerei ein Rückschlag bemerkbar und es mußte dort die Arbeiterschaft teilweise arbeitslos gehen. Die Samterzeugung war ebenfalls noch gut beschäftigt. Einen besonders guten Geschäftsgang wies auch die Bandwaren- Erzeugung in den einzelnen Gangebieten auf. In einigen Orten des Rumburger Gebietes wurde sogar die Einführung von Ueberstunden versucht, obwohl dort noch genügend Arbeitslose vorhanden sind. Da es sich aber zum Großteil um ältere Arbeiter handelt, können diese keine Aufnahme finden, denn das Unternehmertum braucht „junge“ Arbeitskräfte. Ein Zeichen der Zeit! Flott war auch die Teppich- und Möbelindustrie beschäftigt. Besonders die Heimindustrie ist im Rumburger Gebiet für Decken- und Möbelstoffe mit überaus zahlreichen Aufträgen überhäuft und war daher die Nachfrage nach Handwebern eine ziemlich große. Die Wachstuch- Erzeugung und die Filz- und Strahlen- Erzeugung wiesen die gleiche Produktionslage

auf wie im Vormonat. Nicht erholen konnte sich die Zwirnindustrie im Kreibitztal und im Rumburger Gebiet. In dieser Branche scheint die Krise sich immer mehr und mehr zu verschärfen und es sind die Aussichten für die kommenden Wochen nicht rosig.

Wie wir schon eingangs erwähnten, macht sich in einzelnen Branchen der Textil-Industrie eine Situation bemerkbar, die im trassen Widerstand zu jenen Verträgen steht, die in den Fachzeitschriften der Textil-Industrie über diese Branchen veröffentlicht werden. Dieser Widerstand tritt — wie ebenfalls schon hervorgehoben — besonders bei den Baumwolle verarbeitenden Branchen hervor und es läßt sich derselbe nur so erklären, daß — obwohl diese Branchen im allgemeinen, besonders aber die Garnerzeugung, mit Aufträgen auf weisem Fuß versehen sind — die Unternehmer doch an der Drosselung der Betriebe festhalten, in der Absicht, nach außen hin nicht merken zu lassen, daß die Situation günstig ist. Das Unternehmertum will anscheinend dadurch verhindern, daß die Arbeiterschaft, die jetzt durch die Teuerung ungemein schwer betroffen wird, mit etwaigen Forderungen nach Lohnerhöhung auftritt. Ja nicht nur das, es besteht auch in einzelnen Gebieten bei den Textilfabrikanten die Absicht, die Löhne noch weiter herabzudrücken, um dadurch ihre Profite noch mehr steigern zu können. Aus all dem muß die Arbeiterschaft in der Textil-Industrie die Erkenntnis schöpfen, daß sie sich fest zusammenschließen muß, nicht nur, um die lehrenwähnte Absicht der Unternehmer zu durchkreuzen, sondern um sich vor allem durch eine Offensive in der Lohnfrage einigermaßen gegen die Wirkungen der Teuerung zu schützen.

Russisch-tschechoslowakische Handelsabstufung.

Wie eine private Prager Korrespondenz meldet, hat die Handelsvertretung des Verbandes der Sowjetrepubliken in den Stodawerken für das Elektrizitätswerk in Krasnojarsko eine Turbine im Werte von mehr als einer Million Kronen bestellt. Gegenwärtig verhandelt die Vertretung über den Kauf einer weiteren Turbine. Für die elektrische Bahn in Tiflis wurden bei tschechoslowakischen Unternehmungen verschiedene Einrich-

tungen angekauft. — Mit den Witkowitz Eisenwerken wurde eine Vereinbarung getroffen, daß sie verschiedenen Fabriken in Sowjetrußland Röhren für 250.000 Dollars liefern werden. Aus der Tschechoslowakei wurde in Sowjetrußland eine Bestellung auf Rohhaar für 75.000 Dollars abgeschlossen, ferner wurden 50 Tonnen Soda und einige Waggons Eier angekauft. Zudem wird behufs weiterer Lieferungen von Eisen, Gerste und Viehfutter nach der Tschechoslowakei verhandelt. Die Handelsvertretung des Verbandes der Sowjetrepubliken in Prag behut in der letzten Zeit ihre Tätigkeit aus, die aber infolge der Unebenheit der Rechtsverhältnisse nur in einem beschränkten Rahmen sich entwickeln kann.

Kunst und Wissen.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute „Fidelio“; Samstag „Der Ruf“; Sonntag „Das Weib im Purpur“. — Das für Dienstag angeordnete philharmonische Konzert bringt folgendes Programm: C. M. von Weber: Overture zu „Turandot“, Anton Dvořak: Cellokonzert, gespielt von dem bekannten Cellisten Emanuel Feuermann, Anton Bruckner: 3. Symphonie D-Moll.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute und Samstag Offenbachs „Pariser Leben“; Sonntag „Kolportage“.

Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Prag II. Mitgliederversammlung am Freitag, den 25. d. M., Café Nizza. — Sonntag: Ganztagesausflug: Abfahrt 8 Uhr, Dampfer Palacký nach Joraslav. Wanderung Roldoutal — Vojanertal. Führung: Sienad. — Der geplante Ausflug am 4. Oktober nach Liboch wird verschoben. Näheres Mitgliederversammlung. 2929.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czach und Karl Cermak, Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Richter, Druck: Deutsche Zeitungs-K.G. Prag Für den Druck verantwortlich: O. Holtz.

Ausschreibung.

Der Gemeinderat Neftomih bringt für die Neubauten des Gemeindeamts und es Büchereigebäudes nachfolgend angeführte Arbeiten zur öffentlichen Ausschreibung:

- 1. Tonplattenbelag und Fliesenverkleidung.
2. Hafnerarbeiten.
3. Eisenziegelboden.
4. Malerarbeiten.
5. Breitel - Faloufen.

Die Unterlagen für die Arbeiten Post I. können ab Freitag, den 26. September 1924, die Unterlagen für die Arbeiten von Post II. bis V. können ab Samstag, den 27. September 1924, beim Gemeindeamte gegen Erlag der Selbstkosten behoben werden. Die Bedingungen liegen dortselbst zur Einsichtnahme auf.

Der gefertigte Gemeinderat behält sich das Recht vor, die freie Wahl unter den eingelaufenen Offerten zu treffen, oder eventuell alle zurückzuweisen.

Die ordnungsgemäß ausgefertigten und verschlossenen Offerten, versehen mit der Aufschrift „Gemeindeamt“, resp. „Bücherei-Neubau“, sind bis längstens 1. Oktober 1924, mittags 12 Uhr, beim Gemeindeamte Neftomih abzugeben.

Gemeindeamt Neftomih, am 24. September 1924. (2929) Der Gemeindevorsteher: B. Karl m. p.

KINO-PROGRAMM vom 26. Sept. bis 2. Okt.:

BIO LUCERNA Olympische Spiele in Paris XVIII. Onkel Schneider fährt wieder seine Streiche in voller Schönheit vor. Diebe tötet auch, wer stiehlt, wird eingesperrt. Grotosko. Jackie Coogan, der kleine Bettelemusikant. Eine Woche für unsere Jugend, für Jung und Alt!

Lido Bio Ausgerechnet Wolkenskratzer. Genial, halbbreit, lustig, in 7 Akten. In 2. Ausgabe. David Vloob. Seine größte noch nicht gesehene Leistung. Automobili-Rennen in Karlsbad. Drei auf der Straße! 2 teiliges Lustspiel. 2901

BIO ORIENT Jackie Coogan Der kleine Bettelemusikant. Erlebnis eines kleinen Knaben in 6 Akten. Wenn der Mensch großen Hunger hat lernt er arbeiten. Lustspiel in 2 Akten. Für Jugendliche geeignet. 2921

Kalla's Fischkonserven werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt. Verlangen Sie daher nur Kalla's Fischkonserven In allen Konsumvereinen erhältlich. 2971

Leitfaden zur Religionsgeschichte der Menschheit von Gustav Tschirn, Prediger in Ziesbaden (für Jugendunterricht und zu Selbstbelehrungszielen) Preis 3 Kronen Große Einband mit anderer erste-klasse u. erbaulicher Schriften für neues Neuausgaben (Wergeldfreie Konten) Volksbuchhandlung Teplitz-Schönan Theatergasse Nr. 18-20

Bibliotheken für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der Volksbuchhandlung Ernst Gattler, Karlsbad. Inserieren Sie im „Sozialdemokrat“

Wo verkehren wir?

Café Continental, Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, Prag-Neuzantä.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Prag, Smecchy 22 (Urania). 1000

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ Täglich Konzert PRAG II., Hybernská Nr. 7.

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

Inferieren bringt stets Erfolg!

Dankfagung. Wir fühlen uns verpflichtet, an dieser Stelle Allen, welche unseren verstorbenen Gatten, bezw. Vater Franz Wander das letzte Geleit gaben, sowie Jenen, welche ihre Anteilnahme in Wort und Schrift zum Ausdruck brachten, den herzlichsten Dank zu sagen. Besonderen Dank dem Sängerkor der Glasarbeiter, sowie der gesamten Arbeiterschaft, deren Oberkommissar Werner als Vertreter der politischen Bezirkverwaltung, den Herren Max Rühlig, Dr. Fiedler vom Arbeitgeberverband der Glasindustriellen, dem Pfarrer Tschusch und den anderen Herren, welche Abschiedsworte am Grabe sprachen und nicht zuletzt Herrn Dr. Luitz für die liebevolle Behandlung, welche derselbe dem Verstorbenen angedeihen ließ. Kodmals Dank auch allen Spendern der vielen Kränze und Blumen. Teplitz-Schönan, im September 1924. Familie Wander.

Dankfagung. Anlässlich des Ablebens unseres Sekretärs, Genossen Franz Wander wurde uns von zahlreichen Stellen die Anteilnahme durch Wort und Schrift zum Ausdruck gebracht, wofür an dieser Stelle, da es uns nicht möglich ist jedem Einzelnen separat zu danken, der herzlichste Dank ausgesprochen wird. Besonderen Dank aber auch unseren Glasarbeitern und den Ortsgruppen für die zahlreiche Beteiligung am Begräbnisse unseres unvergesslichen Franz Wander. Tannwald-Teplitz, im September 1924. Zentralverband der Glasarbeiter im Gebiete der Csl. Republik, Tannwald Sekretariat der Glasarbeiter Teplitz-Schönan.